

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 6—6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 18. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9-gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Die Arbeiter sollen restlos ausgebeutet werden.

Die SPD. läßt die Erfassung der Sachwerte fallen. — Das Brot wird um 75 Prozent teurer. — Wo bleiben die 10 Punkte des ADGB?

In der „Vossischen Zeitung“ ist folgendes zu lesen:

Ehe die endgültige Entscheidung über das Stundungsbegehren der deutschen Regierung fallen soll, fordert der Oberste Rat einen Reform- und Garantieplan für das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922. Einen Teil jener Voraussetzungen, die von den Alliierten in den Londoner Besprechungen an eine Überprüfung des Londoner Zahlungsplans geknüpft worden sind, ist bereits erfüllt worden; die Erats der Reichspost und der Reichseisenbahn balancieren, der Gesamtetat für 1922 wird, soweit die Ausgaben in Betracht kommen, starke Abstriche aufweisen und, abgesehen von den Aufwendungen für die Reparationsleistungen, ebenfalls balancieren.

Voraussetzung ist allerdings, daß die Steuerreform schleunigst durchgeführt wird, möglichst innerhalb der 14-tägigen Frist, die uns gestellt ist. Es ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, daß man die Bemühungen, die auf ein Steuerkompromiß gerichtet waren, als im wesentlichen geglückt bezeichnen darf.

Nach der heutigen Besprechung des Reichsanzlers mit den Führern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten darf das Kompromiß als gesichert gelten. Die Sozialdemokraten verzichten vollständig auf die Erfassung der Sachwerte gegen Zugeständnisse hinsichtlich der direkten Steuern. Der raschesten Verabschiedung der Steuervorlagen nach dem am 19. d. Mts. erfolgenden Wiederzusammentritt des Reichstages steht sonach kaum etwas mehr im Wege.

Der „Vorwärts“ und natürlich auch die „Freiheit“ demontieren die Nachricht, daß die SPD-Führer die Erfassung der Sachwerte fallengelassen haben. „Von gut unterrichteter Seite“, so heißt es in dem Dementi, „wird mitgeteilt, daß es völlig falsch sei, von einem Kompromiß zu reden.“ Die Besprechungen am vergangenen Sonnabend hätten nur eine Erörterung zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und des Zentrums mit dem Reichsfinanzminister gebracht. Die Sozialdemokratie, an deren grundsätzlichen Standpunkt sich nichts geändert habe, werde erst am Mittwoch zu dem ganzen Komplex der Steuerfrage Stellung nehmen. Aber ganz abgesehen davon, daß die Meldung der „Vossischen Zeitung“ sehr bestimmt lautet, daß selbst der Reichsarbeitsminister Brauns auf dem Reichsparteitag des Zentrums im Gegensatz zu den Sozialdemokraten von einem „zeitlich beschränkten Eingriff in die Sachwerte“ sprach, wird heute erneut von bürgerlicher Seite gemeldet, daß die SPD. „nunmehr ganz bestimmt den Gedanken der Erfassung der Sachwerte fallengelassen und mit den bürgerlichen Parteien ein Steuerkompromiß abgeschlossen hat“.

Auch aus einem Artikel der „Sozialistischen Korrespondenz“ über die Erfassung der Sachwerte ist ganz klar ersichtlich, daß der Verzicht, der von den bürgerlichen Blättern gemeldet wird, von den maßgebenden Führern der SPD. tatsächlich beschlossen worden ist, wenn auch formell die „PPN.“ mit ihrer Meldung, daß noch keine offiziellen Beschlüsse gefaßt seien, recht haben mag.

Es ist sehr bezeichnend, daß in dem erwähnten Artikel der Heilmann-Korrespondenz mehrmals betont wird, daß die Erfassung der Sachwerte kommen wird, daß sie kommen muß, und daß man diese Forderung, wenn sie heute nicht durchgesetzt wird, morgen mit verdoppeltem Nachdruck verfolgen muß. Das ist die Einleitung der Rückzugskanovade der SPD, die es ja immer famos verstanden hat, ihre Umsälle in wichtigen Fragen mit leidender Miene als ein vaterländisches Opfer hinzustellen und mit großem Nachdruck zu betonen, daß sie zwar nicht heute, aber dafür morgen die Interessen des Volkes auf heldenmütige Weise vertreten wird.

Die rechtssozialistischen Führer erkennen selbst ganz genau, welche Folgen ihr jetziger Umsfall haben wird. In der Rückzugskanovade der „Sozialistischen Korrespondenz“ wird ganz richtig ausgeführt, welche Folgen eine Steuerbefreiung des Volkes ohne die Erfassung der Sachwerte

„die sich zweifellos einmal durchsetzen wird“ — für das Reich haben wird. Sie wagen nicht zu bestreiten, daß durch die außerordentliche Erhöhung der indirekten Steuern, Teuerung und Geldentwertung noch schlimmer werden als bisher. Sie sprechen aus, daß die Kraft der Republik verloren gehen werde, wenn sie unfähig sei, die neuen notwendigen Steuern zu beschaffen.

Aber mit diesen Klagekliegern wird die SPD. keinen Hund vom Ofen locken, denn jeder Arbeiter und nicht zuletzt die eigenen Anhänger der Partei werden fragen, warum man dann bei so klarer Erkenntnis der schlimmen Folgen den Kampf um die Erfassung der Sachwerte nicht heute durchführe, statt in schwächlicher Fehlsicht und aus Angst vor dem Bürgertum auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Die Führer der SPD. können sicher sein, daß sie diesmal auch mit den schönsten Phrasen die Verantwortung vor den Massen nicht abweisen können.

In den Betrieben, in den Gewerkschaften müssen die Arbeiter ihre Stimme erheben und Rechenschaft von ihren Führern fordern.

Die Frage, was wird aus den 10 Punkten des ADGB. darf nicht mehr verstummen. Jetzt gilt es angesichts des Umfalls der SPD.-Führer zu handeln.

Es ist kein Zufall, daß zu derselben Zeit, wo dem Proletariat ein ungeheurer Steuerraubzug droht, die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel immer noch im Steigen begriffen sind, während die niedrigen Löhne in immer schreienderem Gegensatz zu den Kosten der Lebenshaltung stehen. Die Kapitalisten verstehen es eben ganz ausgezeichnet, sich stützend auf eine sozialdemokratische Kompromißpolitik zur Rettung des „Waterlandes“, immer von neuem aus jeder noch so heiklen Situation ihre Vorteile zu ziehen, ihre Profite zu sichern und alle Lasten den Proletariern aufzubürden.

Ein getreues Abbild der Teuerungswelle gibt in amtlicher Eigenschaft das Statistische Reichsamt.

Die Großhandelsindexziffer ist trotz des Dollarsturzes im Dezember von 3416 im Durchschnitt des November auf 3487 im Durchschnitt des Dezember gestiegen.

Zwar gingen die Zahlen für Getreide und Kartoffeln von 3197 auf 3127, für Fette, Zucker, Fleisch und Fische von 3154 auf 3106, landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 3108 auf 3229 zurück. Dafür stiegen infolge der Kohlen- und Eisenpreiserhöhung die Indexzahlen für diese beiden Waren von 2380 auf 3298.

Die Ermäßigung der Großhandelsziffern für Nahrungsmittel, die im übrigen im Kleinhandel sich nicht bemerkbar machte, sondern im Gegenteil in eine weitere Erhöhung der Kleinhandelspreise umschlug, wird nur von ganz kurzer Dauer sein.

Dabei wird jetzt erst die Teuerungswelle ihren höchsten Anschwung nehmen müssen durch die für den 16. Febr. d. J. erfolgenden Brotpreiserhöhung von 75 Prozent. Dieser müssen notwendigerweise die Preise für alle anderen Lebensmittel sich anschließen.

Das Reichsernährungsministerium erklärt dazu:

Als die Regierung das letzte Mal den gegenwärtigen Brotpreis festlegte, hatte sie die Absicht, diesen Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres, d. h. bis zum 15. August 1922, beizubehalten. Seit geraumer Zeit erweist sich jedoch die Durchführung dieser Absicht als unmöglich und die Reichsregierung sah sich zu dem schweren Schritt einer ganz beträchtlichen Brotpreiserhöhung gezwungen. Ausschlaggebend ist dabei der außerpolitische Druck von Seiten der Entente, der seit Jahresfrist dahingehend, daß die Zuschüsse, die das Reich zur Verbilligung der Lebensmittel ausgemworfen hat, abgebaut und möglichst vollständig eingestellt werden. Ausschlaggebend für den Standpunkt der Entente ist dabei vor allem, daß in Deutschland infolge der Lebensmittelzuschüsse des Reiches die Löhne bedeutend niedriger gehalten werden wie im Ausland, daß Deutschland infolgedessen billiger produziert und die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker in Erscheinung tritt. Bereits im Haushaltsplan für das

Jahr 1921/22 hat das Reich einen wesentlichen Abbau der Lebensmittelzuschüsse vorgenommen. Aber es waren immerhin noch 3,27 Milliarden Mark für Verbilligung des Brotes eingestellt, während allerdings der Zuschuß für das Haushaltsjahr 1920/21 noch ungefähr 9 bis 10 Milliarden betrug. Ursprünglich hatte man gedacht, mit diesen bewilligten 3,27 Milliarden den gegenwärtigen Brotpreis für das Haushaltsjahr, d. h. bis zum 31. März 1922, zurückhalten zu können. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt. Der katastrophale Sturz der deutschen Mark im Herbst des letzten Jahres hatte jede Berechnung über den Hausen geworfen.

Diese Beweisführung ist ebenso eine Verhöhnung der unter der Teuerung fast zusammenbrechenden Arbeiterschaft wie eine schwere Anlage gegen die offizielle sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik. Wo blieb der Kampf gegen die durch infolge der Kulllöse des deutschen Proletariats ermöglichte Schleuderkonkurrenz der deutschen Kapitalisten? Man verzichtete auf ihn! Im Interesse des kapitalistischen Aufbaues, des kapitalistischen Profites wurde Deutschland innerlich mehr und mehr entwertet. Die Valuta sank.

Wo bleibt jetzt der Kampf für Erfassung der Sachwerte? Steht den Gewerkschaftsführern wiederum die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft höher als die Erhaltung der Arbeitskraft des Proletariats?

Die neue Brotpreiserhöhung ist nichts anderes als eine indirekte Steuer zugunsten der kapitalistischen Gesellschaft.

Heute schon stimmt die Sozialdemokratie voll und ganz diesem Raub auf die Taschen des arbeitenden Volkes zu. Im „Vorwärts“ vom 15. Januar 1922 ist zu lesen: „Es wäre unverantwortlich, wollte man dieser Brotpreiserhöhung die Berechtigung absprechen.“ Worin besteht die „Berechtigung“? Etwa darin, daß die demokratische Regierung sagt, die Entente fordert „Abbau der Reichszuschüsse“? Dann erlauben wir uns die Frage: Was hat die Regierung getan, um dieser Reichszuschüsse für Verbilligung des Brotes von vornherein nicht zu benötigen? Hat die Regierung die deutschen Agrarkapitalisten gezwungen, intensiv zu wirtschaften, den Boden voll und ganz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln zu verwenden? Hat sie Düngungszwang für die Juxter und Großgrundbesitzer durchgeführt? Hat sie schlecht bewirtschaftete Güter enteignet und staatlich bewirtschaften lassen? Oder hat sie nicht vielmehr zugehört, wie große Flächen Land brach liegen blieben, schlecht bearbeitet, schlecht gedüngt wurden? Hat die Regierung irgendwo einen Finger gerührt, um die Sabotage der Großagrarien nicht nur im Anbau, sondern auch in der Ablieferung zu brechen? Nein!

Der heutige Brotpreis beträgt 8 Mk. Wird er um dreiviertel erhöht, so wird der Brotpreis sich auf 14 Mk. belaufen. Die Regierung plant aber, die Reichszuschüsse allmählich ganz abzubauen. Der Preis von 14 Mk. ist also nur ein Sprungbrett weiterer Verteuerung. Ein Brotpreis von 14 Mk. bedeutet aber bereits den 30 fachen Friedenspreis für das wichtigste Lebensmittel.

Weil das Brot geradezu zu einem Luxusartikel für das Proletariat wird, weil die ureigensten Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung auf dem Spiele stehen, gilt es heute nicht sich mit dem „Vorwärts“ zu bescheiden, sondern im Gegenteil den Kapitalisten um so schärfer entgegenzutreten.

Es gilt die Regierung zu zwingen, die vorhandenen Getreidebestände der Großgrundbesitzer (gegen Bezahlung der jetzigen Umlagepreise) zu beschlagnahmen, um den Ankauf von Auslandsgetreide einzudämmen. Darüber hinaus gilt es, die Sozialisierung der Düngemittelindustrie zu erlämpfen, um in ausreichendem Maße und zu annehmbaren Preisen Dünger zur Föderung der Agrarproduktion zur Verfügung zu haben. Es gilt zu erlämpfen, den Zwang auf Anbau und intensive Bewirtschaftung für alle Großgrundbesitzer. Ferner: sofortige entschädigungslose Enteignung aller schlecht bewirtschafteten Güter und deren Bewirtschaftung durch den Staat. Kontrolle über die Großgrundbesitzer durch die Gutsträte und Gewerkschaften.

An dem eisernen Widerstand der gesamten proletarischen Klasse muß die geplante Brotpreiserhöhung scheitern.

Zu Löbes Einigungschalmeien.

P. M. Kurz hintereinander hat Paul Löbe Stellung genommen zu der Einigungsfrage. Vor dem Parteitag der USP in jener bekannten Form aller Kompromisse: Zwar haben wir da und dort gesündigt, aber auch ihr seid nicht fehlerfrei, darum erteilen wir uns großmütig Generalabsolution und stufen uns als Brüder mit gleichen Kappen in die Arme!

Das Wesentliche an den Einigungsartikeln vor dem SPD-Parteitag war, daß sie zwar nicht mit der Eile ins Haus fielen, aber immerhin in möglichst gefuchter und schmachtend zubereiteter Form die USP zu überreden suchten, auf dem Boden der SPD-Kompromisspolitik zu treten. Die zu scharfe Betonung, so ähnlich hieß es wohl, des formalen Klassenkampfgedankens müsse von der USP aufgegeben werden. Das sei die erste Vorbedingung der Einigung.

Der Kern des letzten Artikels Löbes nach dem Parteitag ist der: Es wird bedauert, daß weder eine Einigung angebahnt wurde noch für absehbare Zeit auf eine offizielle Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD und USP zu rechnen ist.

Man kann den Löbeschen Artikeln aber eine gewisse Konsequenz nicht absprechen. Löbe hat schon recht, wenn er der USP gut zuredet, sich doch nicht wie eine alte Jungfer zu jeren, weil noch einige USP-Klassenkampfphrasen der Ehe mit der SPD im Wege stehen. Er kann mit Recht und mit großer Wirkung darauf hinweisen, daß diese revolutionäre Jungfräulichkeit längst zum Teufel gegangen ist — in den Taten der USP.

Zwar erklären die Dittmann und Crispian, so sagt Löbe völlig richtig, von irgend einer Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen nichts wissen zu wollen, aber ihre österröschischen Parteigenossen haben über ein Jahr lang mit den Christlich-sozialen und Genossen in einer Regierung gesessen. Crispian habe ferner in jeder Weise die Wirtshausregierung unterstützt und sich regelmäßig, ohne die Konsequenzen daraus zu ziehen, für die Koalition zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum entschieden. Dankend quittieren wir vor allem auch die richtige Bemerkung Löbes, daß die Unabhängigen, trotzdem sie wieder einmal „auf das Entschiedenste indirekte und Verbrauchssteuern zu bekämpfen“ versprechen, dennoch im Reichstag gegen die darauf hinielenden kommunistischen Anträge gestimmt haben.

Kurzum — es würde zu weit führen, die ganze Kritik Löbes an der USP hier zu wiederholen — er weist überzeugend nach, daß trotz noch vorhandener phrasenreicher Rückfälle in die alten Klassenkampftheorien doch die Taten der USP dafür bürgen, daß sie eines Tages doch auf der bürgerlichen Koalitionspolitik mit der SPD zusammentreffen wird.

Das alles ist für uns Kommunisten ganz klar und verständlich. Und wir können es nur begrüßen, daß Löbe offen und ehrlich nicht nur den Stinnesweg seiner Partei verteidigt, sondern auch die Fortschritte der USP nach dieser Richtung treffend nachweist. Es ist uns völlig recht, daß Löbe sich nicht im geringsten geniert, der Arbeiterschaft die Koalitionspolitik, die Aufgabe des Klassenkampfes, als die zukünftig zu erstrebende Basis der Einigung hinzustellen.

So fällt es uns Kommunisten um so leichter, der Arbeiterschaft zu zeigen, welches der Unterschied ist zwischen einer wirklich proletarischen Einigung und einer Einigung, die nur in der Phrase proletarische Interessen betont, um dadurch um so sicherer zu einer Stütze des Bürgerrechts und des kapitalistischen Systems zu werden.

Löbes Einigungsbegeisterung lehrt uns folgendes:

Es besteht ein ganz grundsätzlicher Unterschied zwischen Löbes Einigungsabsichten und den Einigungsbestrebungen der Partei und tiefer ins Elend versinkenden Arbeiterschaft.

Dort bürgerliche Koalitionspolitik, hier proletarischer Klassenkampf! Das ist in einem Satz gesagt der Unterschied zwischen Löbes, mit Schlichen, Kompromissen und Schwereleien vom grünen Tisch her halb und halb kommandierten Einheitsfront und jener proletarischen Kampfesfront, die sich aus zwingender Notwendigkeit heraus, ungeachtet des von Tag zu Tag steigenden Elends aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus bilden muß, will das Proletariat nicht endgültig jede Hoffnung auf Besserung seiner Lage aufgeben.

Die Kommunisten können sich nur festlegen auf diese aus den Massen infolge des wirtschaftlichen Druckes herauswachsende Einigung. Eine Einigung auf Grund einer halben oder ganzen Stinneskoalition muß von Kommunisten von vornherein abgelehnt werden. Denn abgesehen davon, daß sich allein schon in der Steuerfrage die Dinge sehr und sehr konzentrieren auf die beiden Klassen Fronten, Bourgeoisie oder Proletariat, liegt in dem Hinzutreten selbst des kleinen Fingers dem Klassenkampf ohne weiteres heute insbesondere in der Kampffront, deren kräftigste Frage gerade die SPD ist, die ganz konsequent in den Armen Stinnes laubete und sich längst — wie Löbe es tut — weiblich lustig macht über den verurteilten Klassenkampf.

Wir wissen zwar, daß es selbst einem Löbe nicht ganz geheuer bei der Aussprechung eines längerlich-lustigen Einigungsartikels sein kann. Nicht als ob er persönlich nicht schon längst über diese „Klassenkampfesfronten“ hinaus wäre, nein, weil er nur zu gut wissen muß, daß auch die wahre Zusammengehörigkeit der SPD-Arbeiter einmal reifen muß! Man soll sich doch nicht vormachen: Die Arbeiter glauben einfach nicht mehr daran, bei einer Koalitionspolitik mit dem Bürgertum etwas für sich heraus zu schlagen. Sie haben ein nur allzu berechtigtes Mißtrauen zu der „Einigung“ auf Löbes Fuß. Sie haben zwar den Willen zu Einigkeit, aber dieser Willen werden sie nur dann in die Tat umsetzen, wenn es für die Frage des unmittelbaren Kampfes gegen ihren Klassenfeind — der Kampfbüch hat es z. B. bewacht! — hinreicht.

Es ist der Anfang jeder wirklich proletarischen Einigung nicht ein noch so schön geschriebener Artikel in der „Volk-

wacht“, dem — nach eigenem Eingeständnis — „Blatt der freien Bürger“, sondern eine wirklich positiv gerichtete Einheitsfront beginnt sich dann anzuspinnen — denn sie ist ein Entwicklungsprozess — wenn breite Massen für den Kampf um ganz eindeutig bezeichnete Ziele gegen das Kapital aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus mobilisiert werden.

Ein solches ganz genau bezeichnetes Ziel ist z. B. die Erfassung der Sachwerte, für die ein jeder Arbeiter, ob SPD, USP, oder RPD, zu kämpfen wirklich gewillt ist. Laßt das Einigungsgeschreibsel, das doch gerade nur bei den Parteigenossen Anklang findet, und wendet dafür praktisch alle Mittel an, die geeignet sind, diesen Kampf in breiter Front zu entwickeln, dann habt ihr unter den heutigen Umständen bereits genug getan. — Und die nächsten Schritte werden euch nicht mehr diktiert werden vom grünen Tisch aus, sondern von der dann vorhandenen Situation, von dem ganz folgerichtig sich entwickelnden ehernen Gang der Geschicke.

Aber diese heute einzige Basis für eine proletarische Front durch Steuerkompromisse mit der Bourgeoisie, durch Bewilligung indirekter und Verbrauchssteuern, durch Verletzung der bekannten vom USP aufgestellten Punkte immer wieder von neuem verschütten, und doch die Einigungschalmeien loden lassen, das ist nachgrade eine wirklich peinliche Komödie und wirkt auf einen denkenden, von der Notwendigkeit des Klassenkampfes überzeugten Arbeiter förmlich wie ein Stückchen aus dem Tollhaus.

Politische Übersicht.

Das Kabinett Poincaré.

Das neue Ministerium ist endgültig gebildet. Es setzt sich zusammen aus: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Raymond Poincaré; Vizepräsident, Justizminister und Minister für Elsaß-Lothringen Barthou; Inneres Maunoury; Finanzen de Cassyrie; Krieg und Pensionen Maginot; Unterricht Leon Bérard; Kolonien Sarraut; Arbeit und wahrscheinlich auch Gesundheitswesen Alexandre Bérard; Verkehr le Troquer; Marine Maiberti; Landwirtschaft Chéron; befreite Gebiete Reibel; Handel Droc. Die Frage der Unterstaatssekretäre wird voraussichtlich erst heute nachmittag geregelt werden. Die Zusammenkunft des Kabinetts bei Poincaré findet heute vormittag 9 Uhr statt.

Der Kampf der französischen Kommunisten gegen Poincaré.

Unsere französischen Genossen haben den Kampf gegen den fabelkräftigen Poincaré kräftig eröffnet. Das Pariser kommunistische Abendblatt „L'Internationale“ trägt in großen Lettern die Überschrift: „Nieder Poincaré! Nieder der Krieg!“ Im selben Blatt charakterisiert Genosse Renoult den neuen Ministerpräsidenten folgendermaßen: „Der Mann, der mit Wilhelm II. die Verantwortung für die Hinmordung von 20 Millionen Menschen trägt, wird jetzt die Regierung dieses Landes übernehmen. Dieses arme Frankreich, das er durch seinen schredlichen Krieg entvölkert und verwüstet hat, fällt wieder in seine blauen Hände. Im Augenblick, da der nationale Bloß wahrhaftig ganz Europa die Spitze bietet, wählt er diesen Mann zu seinem Führer. Die Lage ist ernst, niemand kann sagen, wohin uns die Ereignisse bringen werden, die jetzt einlegen. Die Periode der Unsicherheiten, der Schwankungen, der Widersprüche, die dem Temperament Briand entsprach, liegt hinter uns. Jetzt macht der nationale Bloß seine Politik, die Politik Louis XIV. und Napoleons. Im Juniern wird diese Politik die höchste Gewalttätigkeit gegen die Arbeiter bedeuten.“ Genosse Renoult betont aber weiter, daß Poincaré nicht leicht seine Ziele erreichen wird. Denn die französische Arbeiterklasse ist trotz ihrer Spaltung zur Aktion fähig; der Bauer will keinen neuen Krieg und keine Mobilisierung und die Unzufriedenheit ergreift die Beamten und Kleinbürger.

In einem weiteren Artikel weist Genosse Meric auf das Doppelspiel hin zwischen Poincaré und Millerand, dem Präsidenten der Republik, dem Vertreter an der sozialistischen Partei und an der Republik selbst. Er charakterisiert Herrn Poincaré, der erst der Anwalt der Großbauern war, dann in der Politik die Interessen des reichsten Parisiens vertrat, den Krieg vorbereitete, aber als die Deutschen 1914 Paris bedrohten, nach Bordeaux flüchtete.

In „L'Humanité“ schreibt Genosse Cadju: „Die neue Regierung wird die Grundzüge der Reaktion nach außen wie nach innen anwenden. Möge sie kommen: unsere Partei ist bereit zum Kampf mit allen seinen Konsequenzen. Wenn der räuberische Laib des Bloß der Rechten die Macht ergreift und sich zugleich gegen Europa und gegen die französische Arbeiterklasse wendet, so wird er unserer Partei nur neue Gelegenheiten zum Kampf und zum Erfolg bieten.“

Der deutsche Arbeiterklasse kann den Kampf des französischen Proletariats gegen Poincaré dadurch am besten unterstützen, daß sie selbst mit aller Energie gegen die Stinnespolitik vorgeht. Der unmittelbare Kampf gegen die Reaktion im eigenen Land ist das beste Mittel, um auch die internationale Reaktion zu überwinden.

Der Zentrumsparteitag.

Das Zentrum, die katholische Kleinbürgerpartei, ist zusammen mit der SPD die Grundlage der deutsch-republikanischen Koalitionspolitik. Wenn die SPD sich in Götting an Stinnes geknüpft hat, so tut das Zentrum jetzt in Berlin das gleiche. Für das Zentrum ist dieser Schritt um so leichter, als es das der Unions-Gruppe ähnliche Verhältnis mit der Sozialdemokratie unterhält. Das Hauptvertrauen auf dem Parteitag fällt der Reichstagsabgeordneten Dr. Baum, der glatte Parteipräsident. Herr Baum sprach gestern das ganze Wort: „Die Einigung ist die Lösung aller unserer Sorgen, falls wir nicht sofort letzten Herbe durch eigene Verfehlung verlieren und in ein Jahr ohne

Boden werfen wollen. Dafür wird die Zentrumspartei nicht zu haben sein.“ Für die Erfassung der Sachwerte ist also das Zentrum nicht zu haben. Thyssen und Stinnes können ruhig schlafen. Das Zentrum und die alleinseligmachende Kirche behüten sie. Nach Brauns sprach Herms, der Finanzminister, im gleichen Sinne. Und der kleine Theaterdonner Fehrenbach gegen die Deutsche Volkspartei konnte niemand schreien. Die Sachwerte werden die Arbeiter sich selbst holen müssen!

Deutschlands Einladung nach Genua.

Der italienische Votschafter hat ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, wonach, gemäß dem Beschluß von Cannes, Deutschland eingeladen wird, an der Wirtschaftskonferenz in Genua, die am 8. März stattfindet, teilzunehmen.

Schlesische Rundschau.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf dem Egmantschlag der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg hat schon wieder ein Bergmann sein Leben lassen müssen. Der Bergbauer Joseph Berger verunglückte tödlich durch vorzeitiges Vorgehen eines Schusses, der Bergbauer Schmidt verlor dabei das rechte Auge.

Wieder 2 Opfer des unerfülllichen Moloch Kapital. Nur durch das rücksichtslose Antreibersystem, durch Vernachlässigung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen im Interesse des Profits ist es möglich, daß keine Woche vergeht, in der nicht ein oder mehrere brave Bergarbeiter Leben oder Gesundheit lassen müssen.

Es ist Sache der Betriebsräte, der Gewerkschaften und auch der Kameraden aufs nachdrücklichste eine genaue Beachtung der ohnehin unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen zu fordern. Das Leben oder die Gesundheit eines Bergarbeiters ist wichtiger als der Profit; deshalb muß unter allen Umständen auf genaue Befolgung der Sicherheitsvorschriften bestanden werden.

Die Sorge um die Kriegsoffer.

Die bürgerliche Presse meldet: Ein Heldendenkmal soll in Bunzlau im nahen Stadtwald errichtet werden. Der vorhandene Wald soll dabei gewissermaßen den Rahmen für das Denkmal abgeben. Um einen geeigneten Entwurf zu erlangen, soll alsbald ein öffentlicher Wettbewerb unter den deutschen Künstlern — Endtermin am 15. Februar — ausgeschrieben werden mit drei Preisen von 5000, 3000 und 2000 M. Gegen diese rein künstlerische Denkmalsanlage protestierte eine Verammlung, die von etwa 250 Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen besucht war. Man forderte, „daß ein Haus gebaut werde, welches Kriegswitwen, die in großer Not sind, frei Wohnung bietet und das durch Angliederung einer Wohnhalle auch eine ehrende Erinnerung an die Gefallenen sein soll.“

Es ist sehr vernünftig von den Bunzlauer Kriegsverletzten, daß sie gegen die Errichtung dieses „Heldendenkmal“ energisch protestieren. Die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen leiden bittere Not, sie erhalten eine ganz ungenügende Rente weil der Staat kein Geld hat. Er hat aber Milliarden für Reichswehr und Schupo, für Spitzelbüros und abgehalfterte Oberpräsidenten. Für die armen Kriegsoffer bleibt da faststverträglich nichts mehr übrig. Und dieses nennt man eine „demokratische Republik“.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Freiburger Uhrenarbeiter kampfbereit.

Von der Ortsverwaltung Freiburg des DWA erhalten wir die Nachricht, daß die Kollegen die Vorgänge im Schwarzwald mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen. Daß die Freiburger Kollegen noch arbeiten, liegt daran, daß die Freiburger Kollegen ein vierzehntägige Kündigungsfrist haben. Die Kündigungsfrist läuft am 21. Januar ab.

Kommunistischer Ortsausschuß des DWA in Freiburg.

Am Donnerstag, den 12. Januar, fand die erste, diesjährige Sitzung des Gewerkschaftsartikels statt. Anwesend waren 51 Delegierte. Gleich zu Beginn der Sitzung stand der Antrag der SPD-Delegierten, nach dem die Wahl der Metallarbeitervertreter als ungültig zu erklären sei, zur Debatte. Mit Stimmengleichheit wurde aber die Wahl anerkannt. Der seitherige Vorsitzende, Kollege Scholz, gab den Jahresbericht. Der Kartellvorstand hat nicht zur Zufriedenheit aller Kollegen gearbeitet. In oft aber haben gerade die Kollegen, die den Kommunisten Parteigewinn vorwerfen, bewiesen, daß sie besonders kraft den SPD-Standpunkt hervorzuheben. Bei Erstattung des Kassensberichts ergab sich eine Einnahme von 24 700 M. und eine Ausgabe von 18 400 M. Der Bericht lautete nur über dreiviertel Jahre, da eine Anzahl von Gewerkschaften noch nicht abgerechnet haben.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wahl unseres Genossen Krause als ersten Vorsitzenden. Zweiter Vorsitzender wurde Kollege Endermann. Erster Kassierer wurde Kollege Weiß, zweiter Koll. Kramer. Schriftführer blieb Koll. Juelich. Als Revisoren wurden die alten wiedergewählt. Der Vorstand des Artikels (Ortsausschuß) besteht demnach aus fünf SPD- und zwei SPD-Genossen.

Die fortschreitende Selbstentwertung macht es nötig, den Kartellbeitrag zu erhöhen. Die Gewerkschaften sollen diese Erhöhung möglichst aus der Sozialkasse bestreiten. Der Vorschlag für 1922, der mit 44 000 M. balancieren soll, wird erst in der nächsten Sitzung, nachdem die Erhöhung der Beiträge geregelt ist, genehmigt. Kollege Franke schloß die Sitzung mit Worten des Dankes für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und forderte auf, besonders in dem bevorstehenden Schritt, zu einigen Zusammengehören.

Zimmererversammlung in Waldenburg.

Am 11. Januar 1922 fand in der Stadtkamerai die Generalversammlung der Zimmerer statt. Der Geschäftsführer berichtete zuerst über die Verhandlungen über die zuletzt abgeschlossene Erneuerungssatzung ab 2. Januar d. J. Mit welcher Disziplintheorie das Unternehmertum spielt, beweist die Abhandlung der zehn Prozent in der Erneuerungssatzung für die Bauhofsarbeiter. Unsere Kameraden auf den Graben mußten sich wieder auf die erst stattfindenden Verhandlungen im Bergbau, welche in Bodum abgeschlossen werden, betätigen lassen. Die Herren haben so Zeit, wenn sich auch das Magergetriebe unserer Kameraden warm läuft. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 11. 1. 1922 stattfindende Generalversammlung der Zimmerer Waldenburg ersucht in der jetzt abgeschlossenen Erneuerungssatzung vom 2. Januar d. J. eine Milderung auf der abschließenden Debatte. Jedoch ist schon durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Birch eine erhebliche Besserung der Lebensmittel für Januar d. J. beantragt, die wiederum die gesamte

Werbewoche der KPD., Bezirk Schlefien.

An alle Mitglieder!

Die Bezirksleitung und die Verwaltung der Produktiv-Genossenschaft haben beschlossen,

vom 21. bis 28. Januar eine Werbewoche der Partei

zu veranstalten. Dies hat heute für uns eine viel größere Bedeutung, als je zuvor. Die deutsche Arbeiterschaft ist gezwungen,

zu dem größten politischen Kampf zu rücken, wenn sie durch die

neuen Steuern nicht einfach erdrückt werden will, denn schon lassen

die Sozialdemokraten die Forderung um Erlassung der Sachwerte

fallen. Auch in Zukunft sollen die Defizits unseres Reichshaushaltes,

die ungeheuren Lasten der Reparationsforderungen auf die schon wund

geschürten Schultern des arbeitenden Volkes gelegt werden; während die

kapitalistische Gesellschaft Millionen auf Millionen häuft und verschleht.

Die Bourgeoisie denkt gar nicht daran, auch nur ihre rückständigen

Einkommensteuern zu bezahlen. Die Arbeiterschaft aber mußte

bisher schon durch den zehnprozentigen Steuerabzug 80 Prozent

der gesamten Steuerlasten aufbringen. Alle Lebensmittel steigen

in das Unerlöbliche. Als erste Staffel tritt eine

Preiserhöhung von 75 Prozent ein, so daß das

notwendigste Nahrungsmittel des armen Mannes zu einem Luxusartikel

wird. Weitere Preissteigerungen folgen. Der Arbeiterklasse soll durch

die fortgesetzte Senkung seiner Ertragsmöglichkeiten das

Genid gebrochen werden. Große Massen der Arbeiter aber erlauben

durch ihren Gleichmut den Führern der Sozialdemokraten, sie

täglich aufs neue zu verraten. Ermöglicht eine Politik von

„Arbeitervertretern“ mit den Klassenfeinden des Proletariats,

die sie immer tiefer ins Elend verhaften läßt. Parteigenossen und

Genossinnen! Wir haben heute als Kommunisten, als der

fortgeschrittenste und energischste Teil der Arbeiterklasse, die

Aufgabe zu erfüllen, unseren Arbeitsbrüdern die Augen zu

öffnen. Wir müssen ihnen beistehen im Kampf um ein Stückchen

troden Brot. Deshalb liegt heute unsere intensivste kommunistische

Agitation mehr denn je im Interesse der deutschen Arbeiterklasse.

Unsere eigene Erkenntnis muß eindringen in das Hirn jedes Arbeiters,

sei er parteilos oder von den Sozialdemokraten verblendet, um

ihn abzuwenden von dem jähren Abgrund, der ihn mit seiner

Familie verhängen muß durch die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten.

Nur rücksichtsloser Klassenkampf gegen ihren Lohndiebstahl,

die bürgerliche Gesellschaft, kann die Arbeiterschaft vor dem

Untergang erretten. Ihre schärfste Waffe in diesem Klassenkampf

aber ist das kommunistische Organ, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Sie muß in jede Hütte, jedes Haus eindringen als Sendbote der sozialen Revolution. Wir selbst aber sollen unserer historischen Mission würdig sein und als entschlossene Klassenkämpfer den Massen der Arbeiter den Weg zu ihrer eigenen Befreiung zeigen.

Deshalb stelle sich jeder Genosse, jede Genossin der Parteileitung seines Ortes zur Verfügung, um eine planmäßige Agitation in der Werbewoche durchzuführen.

In keinem Betrieb, in keiner Arbeiterwohnung dürfen Kommunisten die Werbewoche vorüber gehen lassen, ohne den letzten Arbeiter, die letzte Arbeiterin und Arbeiterfrau für uns zu gewinnen. Zuviel steht für die deutsche Arbeiterklasse auf dem Spiele.

Für uns Kommunisten aber gilt es, die deutsche Kampforganisation der kommunistischen Internationale auszubauen und die Massen dafür zu gewinnen. Unsere Produktivgenossenschaft mit ihrer Abteilung Verlag der Arbeiterzeitung ist aufgebaut auf die Massenorganisation. Euer eigenes Organ, die Arbeiterzeitung, wird jetzt auf unserer eigenen Rotationsmaschine hergestellt. Nur eine Massenausgabe kann euer Unternehmen rentabel gestalten. Die Produktivgenossenschaft selbst soll der Organisation in jedem Parteiorde das Rückgrat stärken, soll sie befestigen. Wir erwarten von jedem Genossen, sie durch eigene Mitgliedschaft zu stützen und so immer neue Bausteine für den Sowjet Schlesiens herbeizutragen.

Es gilt für jedes Parteimitglied in dieser Werbewoche, besonders tätiger Kämpfer, Kommunist zu sein.

Kommunisten vor die Front!

Benutzt die Werbewoche für intensivste Gewinnung neuer Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Gewinnt neue Parteimitglieder.

Werbt neue Mitglieder für die Produktiv-Genossenschaft.

Zeigt Euch würdig als Kommunisten.

Seid Klassenkämpfer.

Die Bezirksleitung der KPD. Schlefien.

Arbeitererschaft zu neuen Lohnforderungen veranlassen wird. Die Angeordneten des Reichstages werden erlucht, im Interesse der deutschen Arbeiter sich gegen diese Lebensmittelverteuerung einzusetzen. — Die Versammlung fordert die gesamte bürgerliche Presse auf, diese Resolution abzudrucken. Das endgültige Resultat über die Wahl der Delegierten zum Verbandstage, sowie die Zahlstimmenvorstände wird erst nach der Tagung der unmittelbaren Bezirke festgelegt.

In den Bezirksvorstand wurden zwei von unseren Genossen gewählt.

Am 18. Januar 1922 fand in Gottesberg die Generalversammlung der Zimmerer statt. In dieser Versammlung kam man dem Wahlergebnis der Delegierten zum Verbandstage näher. Neben auch noch einige Bezirke aufstehen, gelten jetzt schon der geschäftsführender Schöb und unser Gen. Bauer als gewählt. Nach dem Bericht über die Lohnverhandlungen im Hochbau entspann sich eine lebhaft politische Debatte, die in der Erfassung der Sachwerte ausmündete. Einer unserer Genossen wies auf die Notwendigkeit der Erfassung der Sachwerte mit den sich daraus ergebenden Aufgaben für die Arbeiter hin. Die organisierte Arbeiterschaft allein könne diese Forderung mit den ihnen zu gebotestehenden Mitteln durchzuführen. Die vom ADGB gebildete Kommission werde gleich den Sozialisierungskommissionen ein Berufungsmittel für die Arbeiter und eine Kommission zur Verhinderung der Erfassung der Sachwerte sein. So schloß der Vorsitzende die von regem politischem Geist besetzte Versammlung.

Schiedsspruch für die Herrenkonfektion.

1. Auf die nach der Vereinbarung vom 3. November 1921 festgesetzten Löhne sind folgende Zuschläge zu zahlen.

a) Für Zuschneider 15 Prozent,

b) für die übrigen Zeitlohnarbeiter 10 Prozent, vom 2. Januar 1922 ab;

c) Auf die Stülldöhne 10 Proz., und zwar für jedes ab 2. Januar 1922 in Arbeit gegebene Stück.

Im übrigen werden die Forderungen der Arbeitnehmer abgelehnt.

2. Die Parteien haben dem Reichsarbeitsministerium bis zum Freitag, den 17. Januar 1922 mittags 12 Uhr, zu erklären, ob sie diesen Schiedsspruch annehmen oder ablehnen.

Der Nichteingang einer Erklärung gilt als Ablehnung.

Verarbeiterversammlung in Langwaltersdorf.

Vertrauensmann Lips gab einen kurzen Bericht des verflossenen Jahres und dankte dem alten Vertrauensmann Ernst Weier für seine lange Tätigkeit im Verbands. Der Mitgliederstand ist von 156 im Jahre 1920 auf 137 im Jahre 1921 zurückgegangen. Die Sozialkasse hatte eine Einnahme von 2651 M., eine Ausgabe von 1883 M. Die Unterstützungskasse hat eine Einnahme von 16,49 M., eine Ausgabe von 130 M., ein Bestand von 86,49 M. Die Kasse war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Der Vertrauensmann stellte den Antrag den Kameraden Dierzig zu unterstützen. Der Antrag wurde angenommen. Der Kamerad Gustav Weigelt stellte eine Frage, warum bei Krankheitszeit die vollen Beiträge gezahlt werden müssen. Es wurde geantwortet, daß bei Krankheit 20 Pfg. pro Woche gezahlt werden können. Die zu wenig gezahlten Beiträge gehen aber der Karenzzeit verfallen.

An die Bauarbeiter Schlesiens.

Kollegen! Die letzten Lohnverhandlungen im Baugewerbe, die im Dezember stattfanden, sind angefallen, den Bauarbeitern in Stadt und Land die Augen zu öffnen. Die Herren Unternehmer haben sich verstanden, mit Hilfe der Gewerkschaftsführer die Bauarbeiter schlesiens in Punkt Lohn auseinander zu reißen. Es war kein anderer als der Gauleiter Schmidt (Breslau) vom Zimmerer-Verbande, der schon im November bei den Lohnverhandlungen mit den Unternehmern bettelte, doch wenigstens den gelernten Arbeitern etwas zu geben. Die Unternehmer zollten ihm zwar dieses Verlangen, aber keinen Pfennig Lohnzulage hat er mit diesem Gemer herausgeholt. August Bebel hat einmal gesagt: „Wenn dich dein Gegner lobt, so bist du auf dem falschen Wege.“ Durch die Zustimmung, die die Unternehmer dem Gauleiter Schmidt gegeben haben, müssen jedem denkenden Bauarbeiter die Augen geöffnet worden sein; diese Zustimmung beweist, daß wir einen falschen Weg eingeschlagen. Jetzt bei den Dezemberverhandlungen haben sich die Bauarbeiter des Gemeindeführers Schmidt zu eigen gemacht und haben die Bauarbeitererschaft, was von lange ihr Spiel war, auseinandergerissen. Sie haben das in ihrer ausgiebigen Weise getan, in dem sie den ungelerneten 10 Prozent Lohn weniger bewilligten als den gelernten. Weiter haben die den ländlichen Bezirken 25 Pfg. weniger gegeben, als den Städten Breslau, Waldenburg und Görlitz, obwohl die Teuerung überall dieselbe ist und die ländlichen Bezirke ohnedies schon einen Lohn zurücksetzen. Bei den Bezirksverhandlungen wurde uns von seiten der Gewerkschaftsführer gesagt: Ihr Bauarbeiter müßt in Industriegegenden müßt aus Solidarität mit den Landarbeitern diesen Verhandlungsmodus mitmachen, damit wir die Anliegen vom Lande in Punkt Lohn mit hochbringen. Wir

Bauarbeiter von Waldenburg haben damals erklärt: „Weil wir wissen, daß der Kampf gegen das Unternehmertum auf breiterer Grundlage geführt werden muß, schließen wir uns dem an. unsere Solidarität soll aber dahin gehen, mit unsern Kollegen zu kämpfen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, aber nicht dahin, gemeinsam zu hungern.“ Durch die letzten Lohnverhandlungen sind aber die ländlichen Bezirke zurückgeblieben.

Die Holzarbeiter vor neuem Kampf.

Am 5. Januar fand eine Versammlung der Holzarbeiter im Gewerkschaftshause statt. Das Referat hielt Kollege Kammer vom Hauptvorstand. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die ganze Weltwirtschaft einen anomalen ungesunden Zustand zeige. In Deutschland stand das Jahr 1921 im Zeichen großer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Mit dem raschen Steigen des Dollars im letzten Quartal letzte Hochkonjunktur ein und der Ausverkauf deutscher Waren ins Ausland bedingte hohe Valutagewinne. Doch diese Scheinkonjunktur wird nicht von langer Dauer sein. Es werden heute bereits erteilte Aufträge annulliert. Andererseits zeigt sich eine große Arbeitslosigkeit besonders in England, von 20 Prozent aller Arbeitenden. Dasselbe Bild zeigt sich in Frankreich, Italien, Amerika und Japan. Die riesigen Läger Amerikas und Argentiniens an Getreide, Kaffee, Baumwolle, Fleisch usw. sind dem Verderben ausgeliefert, die Europa und ganz besonders Deutschland zu notwendig brauchen kann.

Was werden uns die nächsten Wochen bringen?

Die Reparationsverpflichtungen sind zu erfüllen. Die steigenden Reichsausgaben sollen verringert werden, durch ein ganzes Bündel neuer Steuern. Wir werden vor die Frage gestellt: Wo bleiben die vom ADGB aufgestellten zehn Forderungen, vor allem die Durchführung der Erfassung der Sachwerte? Der Kanzler Birth hat den Vertretern des ADGB den Auftrag gegeben, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen, der von der Regierung dem Reichstage vorgelegt und vertreten werden soll. Den deutschen Arbeitern stehen schwere Zeiten bevor, wir

steuern mit Riesenschritten österreichischen Zuständen zu. Die Entente verlangt, daß die Zuschüsse des Reiches auf Getreide- und in Wegfall kommen, was der deutschen Regierung sehr angenehm ist. Das bedeutet eine Verteuerung des Brotes um das dreifache des jetzigen Preises. Frankreich droht mit der Besetzung des Ruhrgebietes. Die Notenpresse arbeitet fiebershaft Tag und Nacht.

Nun zu unserer Vertagspolitik. Am 1. und 15. Januar laufen in großen Teilen des Reiches die Verträge ab. 100.000 Kollegen werden davon betroffen. In Bayern, Württemberg, Oesterreich, Pommern und Darmstadt stehen teilweise die Kollegen schon im Kampfe. In Ostpreußen dauert der Kampf um den Reichsmanteltarif bereits 20 Wochen. Im Gau Brandenburg dürfte es ebenfalls zu Kämpfen kommen. Auch in Berlin ist die Lage kritisch. Dazu kommen noch eine ganze Reihe anderer Bezirke, u. a. die Säger mit 45.000, die Korbmacher, Büchsen- und Pinjelmacher usw. Der Verband muß sich noch mehr als im Jahre 1921 auf Kampfeinstellen. Die Unternehmer haben sich eine Reichsorganisation geschaffen. Die Namen Poniogny-Breslau und Kälthaus-Westfalen als Leiter dieser Organisation, lassen auf harte Kämpfe schließen. Es zeigt sich jetzt schon, daß wenig Neigung besteht, die Forderungen der Arbeiter zu befriedigen. Der Verband wird den Kampf aufnehmen. Die Tarifbewegung wird zur Machtfrage. Die zurückgebliebenen Bezirke müssen nachgeholt werden; hierzu gehört auch Schlefien. Am Textilarbeiterstreik sind auch Verbandsfolger beteiligt. Einigkeit und Geschlossenheit ist die Vorbedingung für den Erfolg.

Von unseren Genossen im Gefängnis.

Werte Genossen und Genossinnen! Leider ist es uns bis heutigen Tages noch nicht vergönnt, wieder als Pioniere in den vordersten Reihen, auf dem Schlachtfeld der Arbeit zu kämpfen, sondern wir werden noch immer von der heiligen Justiz hier

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Heß.

Sie sprachen wenig und sahen sich wenig. Morgens ank er schweigend Tee und ging zur Arbeit. Mittags erhien er zum Essen, bei Tisch wechselten sie unbedeutende Worte und dann verschwand er wieder bis zum Abend. Sonds, wenn das Tagewerk beendet war, wusch er sich pflichtig, als zur Nacht und las dann lange in seinen Büchern. An Festtagen ging er morgens fort und kehrte at nachts heim. Sie wußte, daß er in die Stadt ging, s Theater besuchte; zu ihm aber kam aus der Stadt niemand. Es kam ihr so vor, als ob ihr Sohn mit der Zeit immer weniger sprach. Gleichzeitig bemerkte sie, daß er immer häufiger neue, ihr unverständliche Worte gebrauchte, die ihr vertrauten, hohen, scharfen Ausdrücke dagegen aus ihrer Rede fortfielen. In seinem Benehmen kamen viele neue Züge zum Vorschein; er hörte mit dem Diktator auf, sorgte mehr dafür, daß er selbst und sein Anzug aber waren, bewegte sich ungezwungener, geschäftiger und wurde äußerlich einfacher, milder. So erregte er in der Mutter gleichzeitig Unruhe und Aufmerksamkeit. Auch in dem Verhalten ihr gegenüber trat etwas Neues zu Tage. Er setzte dann und wann den Fußboden, machte an Pflegen selbst sein Bett und bemühte sich überhaupt, ihr als schweigend und unmerklich die Arbeit zu erleichtern. Es tat sonst niemand in der Vorstadt.

Eines Tages brachte er ein Bild mit und hängte es an der Wand auf: drei Männer schritten, in der Unterhaltung begriffen, leicht und mutig irgend wohin.

„Das ist der auferstandene Christus, der nach Emmaus“

erklärte Pawel.

Der Mutter gefiel das Bild, aber sie dachte:

„Du verehrt Christus, aber in die Kirche gehst du nicht.“ Dann erschienen an der Wand noch einige Bilder, und auf das Wandbrett, das ein besreundeter Tischler für Pawel hübsch angefertigt hatte, kamen immer mehr Bücher. Das Zimmer nahm ein freundliches Aussehen an.

Bisweilen wandte er sich mit kurzen Worten an sie:

„Du Mama, mach' dir bitte keine Sorge, ich komme erst spät nach Hause ...“

Das gefiel ihr; aus solchen Worten fühlte sie Ernst und Festigkeit.

Dabei nahm ihre Unruhe ständig zu. Diese wurde mit der Zeit nicht klarer, fielte aber das Herz immer heftiger mit dem Borgefühl von etwas Ungewöhnlichem. Von Zeit zu Zeit kam bei der Mutter leichte Unzufriedenheit zum Vorschein und sie dachte:

„Die übrigen leben doch wie Menschen, er aber lebt wie ein König ... schon etwas zu streng ... Das paßt nicht zu seinen Jahren ...“

Manchmal dachte sie:

„Vielleicht hat er sich ein Mädchen angeschafft?“

Aber das Herumlaufen mit Mädchen kostet Geld, während er ihr fast seinen ganzen Verdienst hingab.

So vergingen Wochen, Monate, und unmerklich verstrichen zwei Jahre dieses sonderbaren, schweigenden Zusammenlebens voll unklarer Gedanken und stets zunehmender Furcht.

4.

Eines Abends ließ Pawel nach dem Essen den Vorhang am Fenster hinunter, setzte sich in die Ecke, hängte an der Wand über seinem Kopf die Glühlampe auf und begann zu lesen. Die Mutter räumte das Gesicht ab, und als sie aus der Küche zurückkam, trat sie behutsam auf ihn zu. Er erhob den Kopf und blühte ihr fragend ins Gesicht.

„Nichts, Paweluschka!“ sagte sie schnell und trat beiseite. Als sie dann aber in der Küche einen Augenblick

bestimmert und unbeweglich dagestanden, wusch sie ihre Hände sauber und trat wieder zum Sohn.

„Ich möchte dich fragen, was du immer liest?“ sagte sie leise.

„Seh dich, Mama.“

Die Mutter ließ sich schwer neben ihm nieder, richtete sich gerade und gab genau acht, als erwartete sie etwas Wichtiges.

Ohne sie anzusehen, begann Pawel halblaut und aus irgendeinem Grunde sehr mürrisch:

„Ich lese verbotene Bücher. Es ist deswegen verboten, sie zu lesen, weil sie die Wahrheit über unser Leben, das Leben der Arbeiter sagen ... Sie werden heimlich gedruckt, und wenn man sie bei mir findet, werde ich ins Gefängnis geworfen ... ins Gefängnis, weil ich die Wahrheit wissen will ... Hast du das verstanden?“

Es wurde ihr plötzlich schwer, zu atmen. Sie blickte den Sohn mit weit geöffneten Augen an und er erschien ihr neu und fremd. Er hatte eine andere Stimme, eine tiefere, klangvollere. Er zupfte mit den Fingern an seinem feinen, dichten Schnurrbart und blickte mit sonderbarem Ausdruck finster in die Ecke. Sie empfand Angst und Kummer um ihren Sohn.

„Warum tußt du das, Paweluschka?“ fragte sie leise.

„Ich will die Wahrheit wissen.“

Seine Stimme klang leise, aber fest, seine Augen glänzten trotzig. Sie fühlte in ihrem Herzen, daß ihr Sohn sich für immer einem geheimnisvollen schrecklichen Welt geweiht habe. Ihr war stets im Leben alles unmerklich erschienen, sie war gewohnt, sich ohne Gedanken unterzuordnen, und so meinte sie jetzt nur still vor sich hin und fand in ihrem kummer- und gramerfüllten Herzen keine Worte.

„Weine nicht!“ sagte Pawel freundlich und leise, und es war ihr, als wenn er sich verabschiedete.

Erhalten. So bin ich gezwungen, die Feder sprechen zu lassen. Mit größter Genugtuung haben wir von den großen und schweren Opfern, die Ihr und, sowie unserer Familien habt zu leisten, vernommen. Wir übersenden hiermit allen Ortsgruppen des Unterbezirks Waldenburg unseren innigsten Dank. Auch der kommunistischen Jugend, welche keine Opfer und Mühe gescheut hat, unseren schwergeprüften Familien das Weihnachtsfest, so angenehm wie möglich zu gestalten, sagen wir ebenfalls unsern warmen Dank, sowie der Ortsgruppe Schweidnitz.

Den SPD-Leuten, die noch immer der Meinung sind, daß uns nur der russische Rubel über Wasser hält, denen will ich nur sagen, daß es nicht die russischen Rubel sind, sondern es ist das Solidaritätsgefühl jedes Klassenbewußten Arbeiters, das unsere Familien vor dem sicheren Hungertode bewahrt. Mögen sich die Helden der SPD dies als Vorbild nehmen.

Mit Kampfgruß Willy Demski.

Wacht's nach!

Die Genossen im Bezirk Halle-Merseburg, die am schwersten von der Märzaktion betroffen waren, haben im Monat Dezember folgende Gelder gesammelt:

für die Rote Hilfe.	Mk. 50 609,40
für die Ruffen-Hilfe	" 15 074,15
für die Kinder der Inhabanten als Weihnachtsgabe, allein in der Stadt Halle	" 27 000,—
Außerdem sind für das Unternehmen der Halleischen Arbeiter, die Produktiv-Genossenschaft, an Anteilen aufgebracht	" 24 000,—

Das macht eine Gesamtsumme allein im Monat Dezember Mk. 116 683,55

Die Genossen des Bezirks Halle-Merseburg beweisen damit ihre Opferbereitschaft für die Partei und für die kämpfenden Genossen.

Genossen des Bezirks Schlesien, folgt ihrem Beispiel!

Revolutionäre Bewegung.

Der Generalstreik in Süd-Afrika.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Der Streik in den Gold- und Kohlenbergwerken ist in vollem Gange. Auch die Metallarbeiter in Johannesburg haben sich dem Streik angeschlossen. In den Kohlenbergwerken handelt es sich darum, daß die Unternehmer einen Lohnabbau um fünf Schilling in der Woche durchführen wollen, den die Arbeiter ablehnen. In den Goldminen wollen die Unternehmer im größten Stil schwarze Arbeiter als Lohnarbeiter einführen, wogegen die weißen Arbeiter sich wehren. Es sind inzwischen Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften zur Beilegung des Konflikts angedeutet worden.

Die irischen Gewerkschaften gegen die Einseitigkeit.

Aus London wird gemeldet: Die irischen Gewerkschaften haben einen bedeutsamen Aufruf erlassen, in dem sie sich gegen die Verhandlung mit England wenden. Sie erklären sich für die irische Arbeiter-Republik und heben hervor, daß der Kampf gegen das Kapital nun erst recht einseitig sein muß. Dieser Aufruf zeigt, daß die Gewerkschaften Irlands denselben politischen Standpunkt vertreten wie die Kommunisten, und daß sie das ganze Kompromiß ablehnen, für das die englische Arbeiterpartei sich einsetzt.

Inzwischen wird zum Zeichen des Friedens die berühmte englische weingardische Genossenschaft in Irland aufgelöst. Diese bewährten Soldaten des Kapitals werden also für andere Aufgaben frei. Die englischen Arbeiter dürften dies bald zu spüren bekommen.

Neue Grundstücksbesetzung in Italien.

Aus Turin wird gemeldet: Im Gebiet von Gorli hat eine größere Zahl entlassener Landarbeiter mehrere Güter besetzt und angebaut. Ein Gegenstoß der Polizei und der Faschisten steht bevor.

Vom Bürgerkrieg in Italien.

In zahlreichen Orten Italiens kam es in den letzten Tagen zu blutigen Zusammenstößen. So brach eine Horde von Faschisten in das Dorf Borgiola bei Ferrara ein. Die dortigen Arbeiter leisteten heftigen Widerstand. Die Landarbeiter erschossen zwei Faschisten und verwundeten andere schwer. Auf Seiten der Faschisten fiel ein Mann. Darauf griff die Gendarmerie ein, unterstüzt die Faschisten und nahm die kämpfenden Landarbeiter gefangen. In das Dorf Castel d'Anone drang ebenfalls eine Schwarze Legion ein, sie wurden aber von den Bauern hinausgeworfen. Dazu kommen zahlreiche kleinere Zusammenstöße.

Große Arbeitslosendemonstrationen in Warschau.

Während tausend Arbeitslose, die vor dem Gebäude der Arbeitsvermittlung demonstriert hatten, drangen in das Gebäude ein, und demolierten das Inventar. Die Polizei, die das Gebäude zu schützen suchte, wurde zurückgedrängt. Später wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Großer Streik in Budapest.

Vier aus Budapest gemeldet wird, daß dort ein großer Metallarbeiterstreik ausgebrochen. In den Ganz-Daumens-Betrieben, ebenso in der Vereinigten Glühlampen- und Elektricitätsfabrik und in den Elektricitätswerken wurde die Arbeit eingestellt. Nach einer andern Meldung bemüht sich der Oberpostbeamtenrat, einen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen. Trotz Porphy-Terror und rechtssozialistischer Beredsamkeit geht der Klassenkampf in Ungarn weiter.

Polales.

Stimmen zur Erhöhung der Postgebühren.

Die „ewige Braut“: Postentlich wird ihm das Porto für die Liebesbriefe zu teuer, daß Er mich nun endlich heiratet! Der Briefträger: Wenn weniger Briefe und Postkarten geschrieben werden, kann mir's nur recht sein! Der „Monarch“: Verdammte Revolution! Wie schön wäre jetzt die Portofreiheit!

Ein ganz Schlauer: Welch' ein Glück, daß ich mit alten Partien mich hinreichend einbelegt habe!

Der Schriftsteller: Sehr geehrte Schriftleitung! Anbei sende ich Ihnen einen Aufsatz über die neuen Postgebühren. Bitte, wollen Sie ihn abdrucken, bevor die darin enthaltenen Zahlen durch die nächste Erhöhung überholt sind!

Der Student: Damit mich mein Onkel weiterhin unterstützt, möchte ich ihm für seine Postanweisungen das Porto ersparen!

Der deutsch-nationale Versammlungsredner: Wollen Sie, daß — wie es früher der Fall war — ein Brief 10 und eine Postkarte 5 Pfennig Porto kosten soll, dann müssen Sie deutsch-national wählen!

Der Fretschdachs: Mich stört es nicht. Ich schreibe nicht anders als unfrankiert!

Der Mikrotat: Infolge der erhöhten Postgebühren und der sich deshalb notwendig machenden Anwendung derselben auf die durch unsere Geschäftsstelle zu expedierenden Postfächer macht sich die Einstellung zweier neuer Beamten und dreier Hilfskräfte notwendig!

Einiger, der überhaupt nicht schreibt: Gegen berattigte Luxussteuern habe ich nichts einzumenden!

Der „notleidende Hausbesitzer“: Infolge der erhöhten Postgebühren bin ich gezwungen, meine Mieter um 25 Prozent zu steigern!

Der sozialdemokratische Minister: In der Volksversammlung kämpfte ich tüchtig darüber, daß macht einen guten Eindruck. In der Kabinettsitzung trete ich selbstverständlich dafür ein.

Der Besucher: Um Porto zu sparen, will ich meinen Glückwunsch persönlich abstellen.

Der Prof.: Reinetwegen kann ein Brief 100 Mark kosten. Mir hant's ja!

Ein alter Beamter: Wenn noch eine Erhöhung eintritt, juche ich um meine Versetzung in den Ruhestand nach. Ich habe keine Lust, auf meine alten Tage so oft umzulernen!

Der Sozialdenkende: Die Postgebühren müßten eigentlich nach dem Einkommen und nach dem Familienstand gestaffelt werden!

Das Reichspostministerium: Deutsche, schreibt fleißig Briefe! Die Post will auch leben!

Breslau. Draffer Hausbesitzeregoismus.

Im Hause Brüderstraße 30 betreibt der Kriegsverletzte R. L. eine mechanische Werkstatt. Er hat den Laden auf seine Kosten durch einen Anbau erhöht, so daß ihm der Laden gleichzeitig als Wohn- und Schlafraum dient. Die Wirtin erhöhte die Miete von 50 M. auf 78 M. L. zahlte ohne weiteres die geforderte Erhöhung. Einige Monate später verlangte die Besitzerin bereits 100 M. und verweigerte die Annahme der bisher gezahlten Miete. Sie klagte vor dem Mietseinstimmungsamt auf Ermission und die Spruchkammer verurteilte L. den Laden zu räumen. Die Besitzerin, Frau Breuß, eine Millionärin, beabsichtigt nämlich, ihren im gleichen Hause befindlichen Anstalt durchzubringen, und benötigt hierzu den L. ihren Laden. Damit also die „Güßbude“ erweitert wird, muß das L. Ehepaar auf die Straße gesetzt werden. Frau L. erwartet in den nächsten Tagen ihre Niederkunft.

Der kriegsverletzte Ehemann steht, wenn er den Laden räumt, nicht nur ohne Existenz, sondern auch ohne Wohnung da. Trotzdem ist der Gerichtsvollzieher erschienen, um die Räumung zu veranlassen.

Wir möchten daher nicht verfehlen, noch in letzter Minute, die Aufmerksamkeit der Behörden auf diesen Fall von Hausbesitzer-Egoismus zu lenken.

So bleibt in diesem Falle der so oft geforderte Schutz der Wöchnerin und wo bleibt der „Dank des Vaterlandes“ an seine Krieger?

Wittteilung.

Im Stadl. Schulmuseum, Paradiesstraße 25/27, finden vom 18. Januar ab jeden Mittwoch um 5 Uhr wieder Lichtbildvorführungen (zunächst über Ägypten) und jeden Sonnabend um 5 Uhr Vorträge aus dem Gebiete der Elektrizität statt.

Titel-Berichtigungen.

Durch Erlass des Ministers für Handel und Gewerbe haben die Lehrer an der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule Pampel, Schipke, Utzinger, Soula, Noetzel und Jahan die Amtsbezeichnung Professor erhalten.

Die Tätigkeit des Krematoriums.

Im hiesigen Krematorium fand am 11. Januar d. J. die 500. Einäscherung statt. Am 22. August 1915 wurde das hiesige hiesige Krematorium eröffnet. Von den Eingäscherten waren 274 männliche, 236 weibliche Geschlechts, 491 Erwachsene und 6 Kinder. Evangelischer Konfession waren 402, katholischer 34, altkatholischer 1 und mosaisch 39, 21 gehörten verschiedenen Bekenntnissen an. In 463 Fällen fanden Feuerbestattungen im Krematorium statt, davon 27 unter Mitwirkung der Kirche. In den 156 Fällen, wo im Krematorium kein Geschäft anfertigte, hatte bei 139 Fällen eine kirchliche Feier bereits in der Heimat stattgefunden. Von den in Hirschberg Bestatteten wurden 1915 2 Prozent, 1921 6 Prozent eingäschert.

Peterswalbau. Errichtung einer Gaszentrale im Culengebirge.

Ein ungemein wichtiger Verkauf, der mit dem großzügigen Millionenprojekt der Errichtung einer Gaszentrale im Culengebirge besonders bemerkenswert ist, wurde in Peterswalbau vollzogen, und zwar hat dort die Gemeinde das bisher in Privat Händen befindliche Gaswerk von Kaufmann Stettner käuflich erworben. Der Kaufpreis beträgt rund eine Millionen Mark.

Nieder-Oermundorf. Großfeuer.

Am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr ertönte Generalalarm in unserer Ortschaft. Auf noch nicht festgestellte, jedoch wohl auf Fahrlässigkeit zurückzuführende Ursache war im letzten Bauvereinshaus, Bergstraße Nr. 10, Feuer ausgebrochen. Zu spät bemerkt, brante es in kurzer Zeit über und über.

Bunzlau. Ein seltsamer Unglücksfall.

Eine Gutsbesitzerin in Herzogswaldau bereitete Pfannkuchen, und dabei fiel ihr eine von den in der Blufe stehenden Nadeln, ohne daß sie es merkte, in den Teig. Als ihr Mann den entsprechenden Pfannkuchen aß, blieb die Nadel im Halse stecken und verursachte nebst fürchterlichen Schmerzen eine so starke Anschwellung, daß Lebensgefahr eintrat. Der Besitzer mußte eiligst das hiesige Krankenhaus aufsuchen und sich einer schmerzhaften Operation unterwerfen.

Versammlungs-Kalender.

Transportarbeiter! Heute abend 7 Uhr wichtige Fraktions-sitzung im Parteibüro.

SPD. Breslau. Verband der Staats- und Gemeinbediensteten. Donnerstag, den 19. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibüro, wichtige Fraktions-sitzung. Jeder Genosse hat unbedingt zu erscheinen.

SPD. Freiburg. Donnerstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Gasthof „Zum Buchwald“, Mitglieder-versammlung. Genossen, Genossinnen! Erscheint vollständig und bringt die Sympathisierenden mit.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Riſtände bei der Breslauer Generalvormundschaft.

Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung. Red. der Schlef. Arb.-Stg. Ich, Unterzeichneter, übernahm bei meiner Verheiratung meinen Stiefsohn, welcher der hiesigen Generalvormundschaft untersteht. Der Vater des Kindes lebt und hat die Vaterschaft anerkannt. Ich muß den Unterhalt des Kindes aus eigenen Mitteln bestreiten, was infolge der Teuerung, und da ich selbst zwei Kinder habe, für mich sehr schwer ist. Ich beantrage beim Generalvormund, das Kind auf ein Vierteljahr in sachgemäße Pflege zu geben, da dasselbe schwer zu erziehen war. Das Kind wurde auch untergebracht in Martha im Sanit. Gehirngestift. Ich sollte mich aber verpflichten, den Monat 30 Mark Verpflegungskosten zu zahlen, trotzdem der Vater des Kindes lebt. Ich verpflichtete mich nicht, zahlte aber aus freien Stücken. Als ich nun das Kind zurückforderte, erhielt ich es nicht, sondern es wurde mir vom Generalvormund erwidert, das Kind sei geistig nicht normal und müßte in eine Idiotenanstalt überwiesen werden. Mit Mühe erhielt ich es vom Kinderfürsorgeamt unter der Bedingung, es zur Beobachtung nach dem Kinderobdach, Schulgasse, zu geben, zurück. Zu erwähnen ist, daß das Kind erschorene Füße und Hände hatte und sehr unsauber war. Aus diesem Grunde ist wohl auch die Annahme entsprungen, das Kind sei idiotisch. Das Kind hat es mir, und vor allem dem leitenden Arzt des Kinderobdachs, zu verdanken, daß es nicht hinter den Loren einer Idiotenanstalt verschwunden ist. Vom Generalvormund erhielt ich das Kind zurück unter der Bedingung, daß ich auf eine Unterstützung verzichte. Als nun der Vater des Kindes jetzt zahlte, stellte ich den Antrag auf Auszahlung der Alimente. Vom Generalvormund wurde mir bedeutet, daß ich darauf verzichten habe, und erst nachdem ich mit der Deffentlichkeit drohte, wurden mir vom Oktober 1921 80 Mark bewilligt. Als ich nun fragte, was mit den restlichen 45 Mark geschieht, es werden pro Monat 125 Mark gezahlt, wurde mir gesagt, das wären Armenpflegungskosten. Nun frage ich, werden 45 Mark monatlich für Führung der Geschäfte eines Wunders gebrannt? Oder wäre es nicht richtiger, die vollen Alimente zu zahlen, den Verfolger des Kindes zu unterstützen und nicht mit berattigen Mitteln zu schädigen. Es müßte hier unbedingt eingeschritten werden, damit diese Riſtände beseitigt werden.

Friedrich Zuder, Bismarckstraße 5.

Aus einem Landesunter Kinderheim.

Da ich kriegsverletzt bin und zu wenig verdienen, muß meine Frau, obwohl wir drei Kinder haben, mitarbeiten. Sie ist in der Fabrik von C. Epner, jetzt Schlesiſche Textilwerke Reßner u. Frahn in Landeshat als Sortspinnerin beschäftigt. Die Kinder werden tagsüber in dem zur Fabrik gehörigen Kinderheim untergebracht, das von zwei „christlichen“ Schwestern geleitet wird. Da die Behandlung der Kinder viel zu wünschen übrig läßt, wir haben unser jüngstes Kind in der Woche vor Weihnachten im Kinderheim durchgehst und den ausgebrochenen Speifen liegend angetroffen, beschwerte ich mich darüber. Zur Antwort wurde mir von den Schwestern, dann wurde eben das Kinderheim geschlossen. Da auch sonst vielerlei Beschwerden über die Schwestern geführt werden, wende ich mich an die Deffentlichkeit und hoffe, daß endlich andere Zustände in dem Kinderheim geschaffen werden.

H. R., Arbeiter.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Blücher. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Pöffel & Danigel, Rastatt in Breslau.

Schauspielhaus
Opernhaus, Tel. 2256
Mittwoch, Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Jungfrauen.
Samstag, Sonntag 7 1/2 Uhr:
Der ideale Mann.

Wiedererlöser
kaufen billig und gut
Eisen, Bronze,
Kupfer, Silber,
Gold, Zinn,
Kupfer,
gute Werkzeuge,
Schweißblech etc. bei
K. Lehmann, Breslau
Schloßstraße 7.
Wiederverkauf per
Tonne 1.100 M. an.
Freiporto gratis.

Handwerk!
Das schönste Handwerk,
das Kunden ganz
oder teilweise die
Arbeit selbst verrichten
lassen.
Gg. Engelbrecht,
Mittlerstr. 17, Leipzig
Telef. 9.

**Herren-
Anzüge**
Gut gemacht,
geringerer Preis
aus guten Stoffen
im großer Auswahl
Schnelle Lieferung,
daher billige Preise.
Winkler,
Wollschneiderei 16
Spiegelstraße 16

Altmetalle
Kupfer, Eisen,
Zinn, Blei, etc.
G. Lohmann & Co.

Genossen!
kauft nur
bei unseren
Zulieferern.

Wandkalender
der
„Schlesiſchen Arbeiter-Zeitung“
für das Jahr 1922
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse
nach der November-Revolution
auf extra starkem Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis Mk. 1.—
Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesiſchen
Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Hühnerstraße 49/50 I.

Parteigenossen
decken Ihren gesamten Bedarf
an kommunistischer Literatur,
Jugendchriften, Unterhaltungs-
literatur
in der
Kommunistischen Bücherei
Breslau, Gräbchenstraße 45.

**Kleine Werkstatt
in Breslau**
sofort zu mieten gesucht. Angebote an
die Expedition der Schlesiſchen Arbeiter-
Zeitung, Rastattstraße 49/50, I.

**Große
Geld-Lotter**
zum Besten des
Freiwiliger Märkte
Ziehung vom
25.-31. Januar 1922
25000 Gewinne
im Betrage von
1 Million Mark
Gewinn:
150 000
100 000
75 000
50 000
Loose versandt, zum
Kaufen Preis von Mk.
19 Loose sortiert Mk. 1
für Liste Mk. 1.—
W. Grothmann
Lehrerstr. 27, Rastatt

Steht eine Seite

Wirtschaftliche Rundschau

Deutschland und Rußland.

Deutschland steht vor der Lösung folgender Frage: Will es unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse auf eine selbständige Politik in der Zukunft verzichten? Will es darauf verzichten, durch eine selbständige wirtschaftliche Politik gegenüber Rußland, soweit diese Politik es zuläßt, zu erreichen, daß die jährlich wachsenden Mengen von Rohstoffen aus Rußland eingeführt werden, was Deutschland von der Abhängigkeit der Länder mit hoher Valuta befreien könnte? Eines ist klar: das Verhalten der deutschen Regierung und der deutschen Industriellen zu den englischen Staatsplänen ist eine Entscheidung der Frage, ob Deutschland für Rußland als Subjekt in der Weltpolitik angesehen wird. Karl Radek, Anfang 1922.

Was will Rathenau?

Hat die deutsche Regierung in Cannes einen Erfolg gehabt oder nicht? Das Echo der letzten Ergebnisse hält im deutschen Pressewald zwiespältig wieder, und wer den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ liest, der könnte allerdings glauben, daß eben die Politik der USP und SPD-Führer den „Erfolg“ von Cannes, die „Erleichterung“ der Reparationszahlungen zustande gebracht hätte.

Die deutsche bürgerliche und auch die sozialdemokratische Presse hat freilich von wenigen Ausnahmen abgesehen, von Anfang an ein verschwiegenes, daß nämlich Rathenau nur als Sachverständiger in Cannes gehört wurde, daß man mit ihm nicht verhandelte, sondern ihm lediglich die etwas veränderten Forderungen der Entente zudiktirte. Die Baseler „Nationalzeitung“ hat dies und vor allem die vollkommene andere Stellung Sowjetrußlands, das ein anerkannter Machtfaktor ist, scharf betont.

Es sollte in Cannes, soweit sich die Konferenz mit der Reparationsfrage befaßt, eine endgültige Entscheidung nicht getroffen, sondern es sollte zunächst nur ein „Provisorium“, eine vorläufige Regelung geschaffen werden. Dieses Provisorium sah vor, daß die Goldzahlungen, die Deutschland außer den Sachlieferungen zu leisten hat und die nach dem Londoner Abkommen 2 Milliarden Goldmark betragen sollten, auf 720 Millionen Goldmark für das ganze Jahr 1922 ermäßigt werden — ermäßigt gegen Garantieforderungen, deren Erfüllung einer vollen Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den Wirtschaftsinteressen der Entente, vor allem aber Englands, gleichkäme.

Aber selbst dies Provisorium kam in Cannes nicht zustande, und wenn am Neujahrstag die Londoner Zeitung „The Observer“ hoffte, die Entente-kapitalisten kämen „vom Chaos nach Cannes“, so ist das augenblickliche Ergebnis auch von Cannes in der Reparationsfrage nur, daß in letzter Stunde ein provisorisches Provisorium mitgeteilt wurde.

Was ist der Inhalt dieses provisorischen Provisoriums?

Die Reparationsfrage ist zunächst nur auf ein halbes Jahr gelöst. Deutschland soll vom 15. Januar ab alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark, d. h. in Monatsfrist je 93 Millionen Goldmark, d. h. in Devisen zahlen.

Die Entente hat den einfachsten, auch im bürgerlichen Leben üblichen Weg bei insolventen (säumigen) Schuldner eingeschlagen, sich aus den laufenden Einnahmen kleine Tagesleistungen leisten zu lassen.

schreibt die „Zeit“ vom 14. Januar, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei und nennt dies Ergebnis „erfreulich“.

Außer den Sachleistungen sollen nach dieser Regelung im Laufe des kommenden halben Jahres mehr als 550 Millionen Goldmark aus Deutschland herausgepreßt werden. Was das bedeutet, wird klar, wenn wir hinzufügen, daß im gesamten Jahre 1921 eine Milliarde Goldmark an die Entente gezahlt worden ist. Und schon diese eine Milliarde hat die Zerrüttung des deutschen Staatshaushalts vollendet. Und nun verlangen die Garantieforderungen, für die die „Erleichterungen“ der Zahlung erkauft wurde, daß das deutsche Budget in Ordnung gebracht werde.

Rathenau hat am Schluß der Konferenz von Cannes mitgeteilt, Deutschland nehme die Bedingungen an. Er hatte zwei Tage vorher in seiner Rede angeführt, wie er sich die Durchführung dieser Maßnahme denkt (nach einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ vom 13. Januar):

1. Die Steuerlasten von 1921 werden in Deutschland verdoppelt.

2. Der Fehlbetrag der deutschen Eisenbahnen und der Reichspost wird beseitigt.

3. Die Zuschüsse des Reichs für Verbilligung von Lebensmitteln (Brot) werden verschwinden.

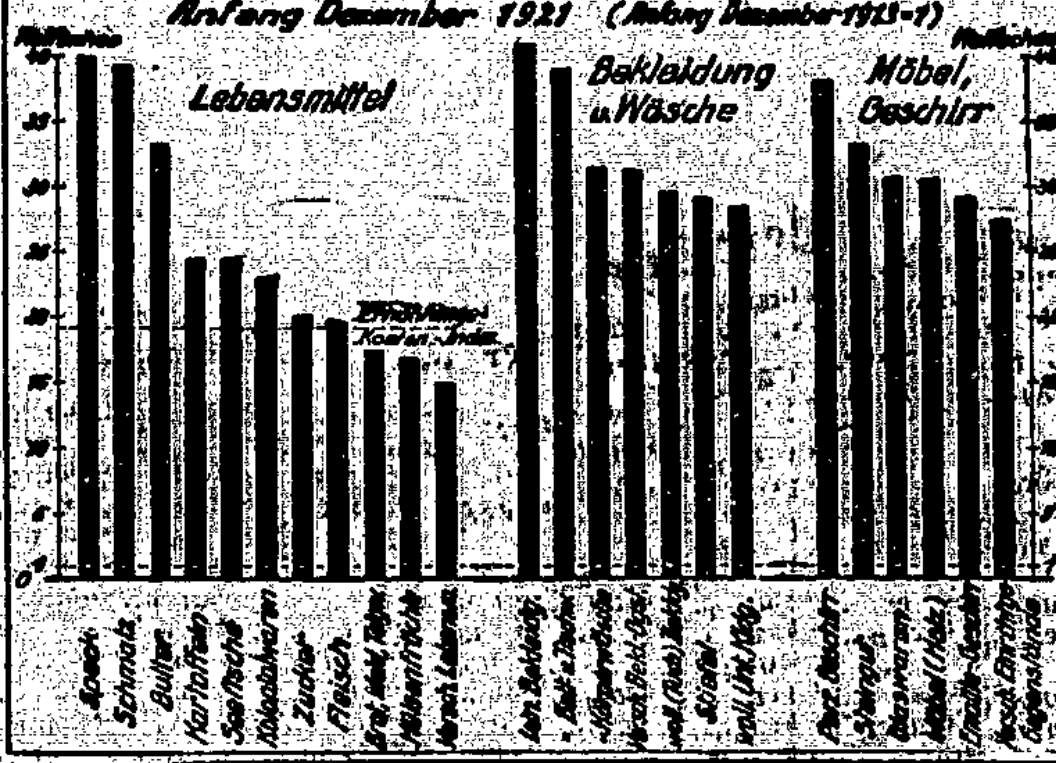
Diese Maßnahmen also sind das Programm Rathenaus und damit der deutschen Regierung. Dies wird der Plan sein, den die deutsche Regierung innerhalb 14 Tagen der Reparationskommission vorzulegen hat. Was wird mit diesem Plan erreicht? Die genannten Maßnahmen, die Verdoppelung der Steuerlast, die Hinaufschraubung der Transporttarife, die Hebung der deutschen Lebenshaltungskosten auf Weltmarktniveau sind für das deutsche Proletariat unannehmbar. Sie zwingen das deutsche Proletariat zu Kämpfen um Weltmarktlöhne. Mit diesem Faktor hat aber Rathenau bei seinen Budgetplänen nicht kalkuliert, allein die so erzwungenen Kämpfe des Eisenbahn- und Postpersonals — weit über eine Million Menschen — um Löhne und Gehälter, die zum Existenzminimum ausreichen, werden den glänzenden Haushaltsplan unwerfen.

Dabei ist das Problem der Geldentwertung, die Frage des deutschen Valutadumpings, die Forderung Lloyd Georges, alle Preise in Deutschland für immer auf die Höhe der Weltmarktpreise zu bringen, noch nicht gelöst.

Dazu kommt schließlich, daß alles dies eben nur ein provisorisches Provisorium ist und daß der Oberste Rat sich ausdrücklich vorbehalten hat, jederzeit wieder auf den Boden des Londoner Ultimatus zurückzugehen, jederzeit die vorläufig gestundeten Summen mit kurzer Frist nachzufordern.

Auch Cannes liegt auf der Linie des Versailler Vertrags. Es ist kein Erfolg für Deutschland, weder für das deutsche Proletariat noch für den deutschen Staat. Die deutsche Bourgeoisie hofft allerdings, daß das Reparationsgeschäft ihr Gewinne in den Schatz werfen wird, aber sie ist dabei im Begriffe, den Rest ihrer Selbständigkeit vollkommen zu verlieren. Schon hat sich der Reichsrat darüber einig geworden, 50 Millionen deutschen Goldes in der Bank von England zu deponieren und weitere Goldbestände in London zu verpfänden. Schon hat Geheimrat Fischer auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industriellen ein Programm entwickelt, nach dem die deutsche Wirtschaft sich ganz auf englische Interessen darzustellen habe. Und auch durch die Annahme der Bedingungen von Cannes kommt Deutschland dem englischen Imperialismus entgegen, wird doch die Hauptindustrie aller

Der Teuerungsgrad wichtiger Warengruppen im Kleinverkauf in Berlin Anfang Dezember 1921 (Anfang Dezember 1913=1)



Preise in Deutschland auf Weltmarktlöhne angebahnt und damit dem Interesse des englischen Kapitals am Aufhören der deutschen Schleuderkonkurrenz gedient. Die Verklavung des deutschen werktätigen Volkes an das englische Kapital ist also in vollem Gange.

So die Tatsachen. Was aber schreibt die „Freiheit“? „Ein Schritt vorwärts“ betitelt sie ihren Leitartikel vom 14. Januar. Sie hofft, daß auch die französische Regierung Poincaré schließlich von dem „ökonomischen Zwang“ geleitet werden und daß alsdann eine „ökonomische Festigung“ Europas eintreten wird. „Für Deutschland ist aber zunächst das Wichtigste, daß dieser Zahlungsschub uns doch eine Erleichterung und eine Atempause gewährt.“

Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der von uns vertretenen Politik, die sich endlich gegen alle nationalistischen und auch gegen die noch viel verbreiteteren Anschauungen durchgesetzt hat, die aus Einsichtslosigkeit oder aus Angst vor dem Nationalismus sich zu dem Notwendigen nie entschließen konnten.

Jetzt hat sich klar gezeigt, daß der Weg der Erfüllung zugleich der einzige ist, der den Weg zur Ueberbrückung des Vertrages darstellt. Er bleibt auch weiter der einzige.

Die „Freiheit“ rühmt sich also, daß in Cannes die USP-Politik gesiegt hat. Arno Toren! Die USP-Politik hat doch nur deswegen gesiegt, weil sie von Anfang an die Interessenpolitik des Ententekapitals verfolgt hat. Und das deutsche Proletariat wird in aller kürzester Zeit, wenn die Steuerlast verdoppelt, der Brotpreis verdoppelt, also sein Elend maßlos wird, am eigenen Leibe spüren, wohin diese „Politik der USP“ führt.

Nicht anders der „Vorwärts“: „Durch die Entscheidung der Reparationskommission ist ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen.“

Rascher als man vermutete, ist das erste Zahlungsverständnis Deutschlands erfolgt ohne daß die Entente die Gelegenheit zu einem gewalttätigen Vorgehen ausnutzte. Ein solches Vorgehen wird auch in Zukunft nicht möglich sein, so lange Deutschland den Beweis zu erbringen imstande ist, daß es tut was es kann, und daß man von ihm selbst mehr fordert, als es zu leisten imstande ist.“

Glaubt der „Vorwärts“, weil er die Verklavung Deutschlands an das englische Kapital nicht sieht oder verschweigt, daß diese Verklavung deswegen nicht Tatsache ist? Glaubt der „Vorwärts“, daß das deutsche Proletariat sich an die Lasten, die durch den Finanzplan Rathenaus dem deutschen Proletariat nach dem Willen der Entente aufgezwingen werden sollen, gefallen läßt?

Was die Reparationsfrage anlangt, so hat Cannes die Lage des deutschen Proletariats nicht erleichtert, sondern maßlos erschwert.

Nur ein Neues hat Cannes gebracht, und zwar eine Tatsache, die wirklich einen Lichtblick für das deutsche Proletariat bedeutet: das ist die Beschäftigung der Konferenz mit dem russischen Problem, die Einladung Sowjetrußlands an der Wirtschaftskonferenz in Genua teilzunehmen. Räterußland, um das sich heute alle kapitalistischen Staaten bemühen, nicht nur, weil sie es als Absatzmarkt lebensnotwendig brauchen, sondern weil es vor allem durch die Rote Armee, einen Machtfaktor ersten Ranges darstellt, tritt so in den Kreis der Weltmächte ein. Diese Anerkennung Sowjetrußlands ist eine Stärkung des gesamten internationalen Proletariats. Und dies Neue, das die Konferenz von Cannes brachte, das ist nicht erfolgt wegen der Politik, die der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ verfolgt hat, der Hetzpolitik gegen die Sowjets, sondern eben dieser Politik zum Trotz.

In dieser Situation sind alle Aufgaben begründet, die wir Kommunisten Deutschlands heute zu erfüllen haben.

A. Friedrich.

Kampf ums Erdöl

Der „Daily Express“ Hbt sich aus Allahabad (Indien) melden, daß eine amerikanische Gesellschaft der Regierung von Teheran (Persien) die Summe von 375 000 Pfund Sterling vorgeschossen hat. Sie erhält dafür das Recht zur Ausbeutung persischer Petroleumquellen. Die persische Regierung brauchte dieses Geld, um die Armee und die Polizei bezahlen zu können, deren Sold seit mehreren Monaten im Rückstand war. Der amerikanische Erdöltrust hat sich damit eine neue bedeutende Rohstoffquelle gesichert.

Diese Tatsache ist deswegen von Bedeutung, weil die Erdölquellen der Vereinigten Staaten ihrer Erschöpfung bald entgegengehen. Wie eine Uebersicht der „Times“ vom 20. Dezember zeigte, sind die Förderungen von Erdöl in den Vereinigten Staaten allmählich zurückgegangen. Sehr wichtig für die Vereinigten Staaten sind die Erdölquellen in Mexiko, ferner die kürzlich erworbenen Erdölkonzessionen in Niederländisch-Indien.

Die Bedeutung des Erdölverbrauchs ist im ständigen Wachsen, vor allem auf den Schiffen vorrückt das Erdöl die Kohle immer mehr. Der Heizwert des Erdöls übersteigt den der Kohle um das Mehrfache, die Schiffe mit Erdölfeuerung haben also einen größeren Aktionsradius als die mit Kohlenfeuerung. Dazu kommt, daß Gesteuerung einfacher zu

handhaben ist, daß ferner die Uebernahme von Oel bequemer und billiger ist. Auch die Eisenbahnen werden immer mehr auf Oelfeuerung eingestellt, so beispielsweise die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn.

Im Jahre 1927 wurden auf der ganzen Erde noch nicht 2000 Barrels Erdöl (ein Barrel = 160 Liter) gewonnen. Im Jahre 1900 betrug die Erdölförderung bereits 149,1 Millionen Barrels, 1920 688,5 Millionen Barrels. Von dieser Erdölförderung im Jahre 1920 fielen mehr als 64% auf die Vereinigten Staaten, 23% auf Mexiko, 23% auf Niederländisch-Indien, ferner 1% auf Rumänien, wo jetzt auch Amerika interessiert ist, und 1% auf Persien. Auf Britisch-Indien fiel nur 12% und auf die übrigen Länder, von Rußland abgesehen, zusammen nur 1%. Die russische Produktion betrug in dem genannten Jahr 44%.

Der Kampf um die Oellager der Welt zwischen den Vereinigten Staaten und England geht vor allem um Persien, Mesopotamien und Niederländisch-Indien, wo auch eine englische Konzession besteht.

Da das Erdöl in den nächsten Jahrzehnten das wichtigste industrielle Betriebsmittel sein wird, so ist der Kampf um die Erdölquellen von gewaltiger politischer Bedeutung. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß Sowjetrußland über ungeheure Oelvorräte im Kaukasus verfügt.

Die Teuerung in Züchern. Das Statistische Reichsamt teilt mit, daß im Laufe des Monats Dezember trotz der Besserung der Marktlage und des Sinkens der Devisenkurse die Großhandelsindexziffer sich von 3416 auf 3487 gesteigert hat. Im Großhandel sind also im Durchschnitt Mitte Dezember 1921 die Preise fünfundsiebzigmal so hoch gewesen als in Friedenszeiten.

Diejenigen Waren, die unmittelbar aus dem Ausland stammen, sind mit dem Sinken der Devisenkurse im Dezember im Preis gesunken, so beispielsweise Kolonialwaren von 4923 auf 4652. Daß aber trotzdem auch im Dezember die Preiswelle im deutschen Großhandel nach oben gegangen ist, ist wie der Bericht des Statistischen Reichsamtes ausdrücklich sagt, auf die Erhöhung der Preise von Kohle und Eisen zurückzuführen. Kohle und Eisen stiegen nämlich von 2380 auf 3296 gegenüber dem November, also auf das fast dreifache der Friedenspreise. Da Kohle und Eisen in irgend einer Form in allen Industrieerzeugnissen enthalten sind, so ist auch die Gesamtziffer der Industriepreise im Dezember von 3618 auf 3969 angewachsen, die Indexziffer für alle Inlandwaren überhaupt von 2961 auf 3170. Dagegen sind die aus dem Ausland eingeführten Waren von 5662 auf 5071 zurückgegangen.

Diese Ziffern zeigen sehr deutlich die Tendenz der deutschen Preise, sich den Weltmarktpreisen, die beim heutigen Valutastand des fünfzig- bis sechzigfachen deutschen Friedenspreises ausmachen, anzuschließen, sie zeigen zugleich den ausschlaggebenden Einfluß, den die Monopolstellung der Eisen- und Kohlemagnaten auf die gesamte deutsche Preisentwicklung hat.

Die Verleumdung im Spiegel der Sparkassen-Züchern.

In der Zeitschrift „Sparkasse“ veröffentlicht Sparkassendirektor H. Reusch (Münster) eine Aufstellung, die wir folgende entnehmen:

Im Jahre 1919 war mit Ausnahme des Novembers die Summe der Einzahlungen bedeutend größer als in der Auszahlung. Ein ähnliches Bild ergibt sich für das Jahr 1920. Nur im Februar und im Oktober des Jahres 1920 überstieg die Zahl der Sparrückzahlungen die der Einzahlungen um 300 und um 250 Millionen Mark.

Auch im Jahre 1921 war zunächst die Summe der Einzahlungen bedeutend größer, am größten im Januar, wo 1,6 Milliarden und im Juni, wo 1,4 Milliarden Mark mehr eingezahlt als ausgezahlt wurden.

Mit Einsätzen der neuen Preiswelle im Herbst 1921 hat sich dies Bild vollkommen verschoben: Im Oktober des abgelaufenen Jahres überstieg die Summe der Rückzahlungen die der Einzahlungen um 1,8 Milliarden, im November gar um 1,9 Milliarden Mark. Da heute der gesamte Einlagebestand der von dieser Statistik erfaßten 232 Sparkassen nur 7,5 Milliarden Mark beträgt, so ist das Ausmaß der Rückzahlungen in den letzten beiden genannten Monaten ungeheuerlich. Es spiegelt sich in diesen gewaltigen Summen das wachsende Elend aller kleinen Sparer wieder, die infolge unzureichenden Lohnes oder Gehaltes ihre letzten Notgrößen von der Sparkasse zur Bestreitung ihrer Existenz abholen müssen.

Holländisches Kapital bei Thyssen.

Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ meldet, daß holländische Banken für den Hauptkonkurrenten von Stinnes, August Thyssen, eine Anleihe in Holland gegen die hypothekarische Verpfändung der Thyssenwerke auflegen. Damit geht wieder einer der größten schwerindustriellen Konzerne Deutschlands unter die Kontrolle der holländischen Kapitalisten, weil die deutschen Arbeiter der deutschen Produktionsmittel nicht zu Schweser, den Thyssen, unter ihrer Kontrolle gemacht haben.

Zeitsäuge

über die Einheitsfront der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der 2., der 2 1/2, und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die die anarcho-syndikalistischen Organisationen unterstützen.

(Schluß)

12. In Italien beginnt die junge kommunistische Partei, die äußerst unerschrocken der reformistischen sozialistischen italienischen Partei und der sozialverräterischen Konföderation der Arbeiter gegenüber gestimmt war, die kürzlich ihrem offenen Verrat an der proletarischen Revolution die Krone aufgesetzt haben, nichtsweniger ihre Agitation unter der Parole der einheitlichen proletarischen Einheitsfront gegen die Offensive der Kapitalisten zu führen. Die Exekutive der kommunistischen Internationale hält diese Agitation der italienischen Kommunisten für durchaus richtig und besteht nur auf ihre Verstärkung in derselben Richtung. Die Exekutive der kommunistischen Internationale ist überzeugt, daß die kommunistische Partei Italiens bei genügendem Weiblich der gesamten Internationale ein Muster des kampfbereiten Marxismus zeigen kann, der erbarmungslos auf Schritt und Tritt die Halbheit und den Verrat der Reformisten und Zentristen, die sich in den Mangel des Kommunismus gefüllt haben, entlarvt und gleichzeitig eine unermüdete, sich immer steigende, in immer breitere Massen dringende Kampagne für die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie führen kann.

Die Partei muß dabei selbstverständlich alles tun, um die revolutionären Elemente des Anarchismus und Syndikalismus in den gemeinsamen Kampf einzubeziehen.

13. In der Tschechoslowakei, wo die kommunistische Partei die Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter hinter sich hat, sind die Aufgaben der Kommunisten in einigen Beziehungen den Aufgaben der Kommunisten in Frankreich analog. Ihre Selbständigkeit feststehend, die letzten organisatorischen Bande mit den Zentristen zerreißen, soll die kommunistische Partei der Tschechoslowakei zugleich in ihrem Lande die Parole der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu popularisieren verstehen und dadurch endgültig in den Augen der rückständigen Arbeiter die Führer der Sozialdemokratie und der Zentristen entlarven, die in der Tat Agenten des Kapitals sind. Zugleich sollen die Kommunisten der Tschechoslowakei die Arbeit der Eroberung der Gewerkschaften verstärken die sich noch immer in bedeutendem Umfang in den Händen der gelben Führer befinden.

14. In Schweden ist nach den letzten Parlamentswahlen eine solche Situation entstanden, daß die kleine kommunistische Fraktion eine große Rolle spielen kann. Einer der hervorragendsten Führer der 2. Internationale, Herr Branting, der zugleich Premierminister der schwedischen Bourgeoisie ist, befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der für ihn zur Bildung der Parlamentsmehrheit die Stützung der kommunistischen Fraktionen der schwedischen Parlamente nicht gleichgültig ist. Die Exekutive der kommunistischen Internationale sieht, daß die kommunistische Fraktion der schwedischen Parlamente unter gewissen Umständen dem mensjewitschen Ministerium Branting die Unterstützung nicht verweigern darf, wie es auch die deutschen Kommunisten in einigen Landesregierungen Deutschlands (Schüring, Sachsen) richtig getan haben. Das heißt jedoch durchaus nicht, daß die Kommunisten Schwedens in irgendwelchem Maße ihre Selbständigkeit einschränken oder der Entlastung des Charakters der mensjewitschen Regierung entsagen sollten, im Gegenteil, je mehr Macht die Menschewits besitzen, desto mehr Berrat an der Arbeiterklasse begehren sie und desto mehr Anstrengungen müssen die Kommunisten machen, um die Menschewits in den Augen der breitesten Arbeiterschichten zu entlarven.

15. In Amerika beginnt die Vereinigung aller linken Elemente der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die den Kommunisten die Möglichkeit gibt, in die breiten Massen des amerikanischen Proletariats einzudringen, indem sie den zentralen Platz in dieser linken Vereinigung einnehmen. Ihre kommunistischen Vereinigungen überall bloßend, wo es nur einige Kommunisten gibt, sollen es die amerikanischen Kommunisten zugleich verstehen, an die Spitze dieser Bewegung für die Vereinigung aller revolutionären Elemente zu treten, und jetzt mit besonderer Kraft die Parole der Einheitsfront der Arbeiter, z. B. zum Sparg der Arbeitslosen usw., ausstrecken. Zur Hauptaufgabe gegen die Gewerkschaften von Compton soll werden, daß sie nicht an der Bildung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten zum Sparg der Arbeitslosen usw. teilzunehmen wollen.

16. In der Schweiz hat unsere Partei einigen Erfolg auf dem eben angegebenen Wege zu erreichen vermocht. Avant der Agitation der Kommunisten für die revolutionäre Einheitsfront ist es gelungen, die Gewerkschaftsorganisationen zu zwingen, einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, der bald stattfinden soll, und auf dem unsere Freunde es verstehen werden, vor allen Schweizer Arbeitern die Unkapazität des Reformismus zu entlarven und die Arbeit des revolutionären Zusammenhanges des Proletariats weiter zu treiben.

17. In einer Reihe anderer Länder steht die Frage insofern ganz neuer, isolierter Bedingungen anders. Nach Zeichnung

der allgemeinen Linie ist die Exekutive der kommunistischen Internationale überzeugt, daß die einzelnen kommunistischen Parteien sie entsprechend den Verhältnissen, die sich in jedem Lande herausbilden, anzuwenden verstehen werden.

18. Für die Hauptbedingungen, die für die kommunistischen Parteien aller Länder gleich und unbedingt ultimativ sind, hält die Exekutive der kommunistischen Internationale die absolute Selbständigkeit und die völlige Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, die dieses oder jenes Übereinkommen mit den Parteien der 2. und 2 1/2-Internationale trifft, in der Darlegung ihrer Anschauungen und in der Kritik der Gegner des Kommunismus. Indem sich die Kommunisten die Prinzipien der Aktion auferlegen, sollen sie dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, während der Aktion ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme äußern. Ein Aufgeben dieser Bedingungen ist unter keinen Umständen zulässig. Indem sie die Parole der größtmöglicher Einheitsfront nicht nur vor und nach der Aktion, sondern, wenn nötig, auch Arbeiterorganisationen in jeder praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front unterstützen, können die Kommunisten indessen keinesfalls von der Darlegung ihrer Anschauungen Abstand nehmen, die allein der konsequente Ausdruck der Verteidigung der Interessen an der Arbeiterklasse als Ganzes sind.

19. Die Exekutive der kommunistischen Internationale halte es für möglich, alle Bruderparteien an die Erfahrung der russischen Volkswirtschaft zu erinnern — jener vorläufig einzigen Partei, der es gelungen ist, den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen und die Macht in ihre Hände zu nehmen. Während der 1 1/2 Jahrzehnte, die seit der Entstehung des Bolschewismus bis zu seinem Siege über die Bourgeoisie verlossen sind (1905 bis 1917) hat der Bolschewismus nicht aufgehört, einen unermüdeten Kampf gegen den Reformismus, oder, was dasselbe ist, den Menschewismus, zu führen. Aber zugleich haben die russischen Volkswirtschaft im Laufe dieser 1 1/2 Jahrzehnte öfters auch Übereinkommen getroffen mit den Menschewits. Die formale Trennung von den Menschewits geschah im Frühjahr 1905. Aber unter dem Einfluß der stürmischen Arbeiterbewegung bildeten die Bolschewits schon Ende 1905 eine gemeinsame Front mit den Menschewits. Das zweite Mal fand die formale Trennung endgültig im Januar 1912 statt. Aber zwischen den Jahren 1905 und 1912 meiste die Spaltung ab mit Vereinigungen und halben Vereinigungen in den Jahren 1906 und 1907 und auch 1910, und diese Vereinigungen sind haben Vereinigungen geschahen nicht nur trotz der Wandlungen, des Fraktionskampfes, sondern auch unter dem direkten Druck der breiten Arbeitermassen, die zum aktiven politischen Leben erwachten und eigentlich forderten, daß man ihnen die Möglichkeit gebe, selbst an eigener Erfahrung zu prüfen, ob die Wege des Menschewismus wirklich von der Bahn der Revolution ablenken. Vor der neuen revolutionären Bewegung nach dem Sturz an der Dena, kurz vor dem Beginn des imperialistischen Krieges, ließ sich unter den Arbeitermassen Russlands ein besonders verächtliches Streben zur Einheit beobachten, das die Führer und Diplomaten des russischen Menschewismus damals ungefähr ebenso für ihre Zwecke auszunutzen versuchten, wie es jetzt die Führer der 2. und 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale zu tun versuchen. Die russischen Volkswirtschaft antworteten auf das damalige Bestreben der Arbeiter zur Einheit nicht mit einem Vossagen von einer Einheitsfront. Im Gegenteil, als Gegengewicht gegen das diplomatische Spiel der mensjewitschen Führer stellten die russischen Volkswirtschaft die Parole der „Einheit von unten“ auf, d. h., der Einheit der Arbeitermassen im praktischen Kampf um die revolutionären Forderungen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Die Praxis hat gezeigt, daß dies die einzig richtige Antwort war. Und im Ergebnis dieser Taktik, die sich abhängig von den Umständen der Zeit und dem Orte änderte, wurde ein großer Teil der besten mensjewitschen Arbeiter für den Kommunismus erobert.

20. Indem die Komintern die Parole der Einheitsfront der Arbeiter aufgestellt und Übereinkommen der einzelnen Sektionen der kommunistischen Internationale mit den Parteien und Verbänden der 2. und 2 1/2-Internationale zuließ, kann sie sich selbstverständlich nicht von ebenjohlenen Übereinkommen auch im internationalen Maßstab loslösen. Die Exekutive der kommunistischen Internationale hat der Amsterdamer Internationale, im Zusammenhang mit der Hilfsaktion für die hungernden Russlands, einen Vorschlag gemacht. Sie hat diesen Vorschlag im Zusammenhang mit den Verfolgungen und dem Weizen Terror gegen die Arbeiter Spaniens und Jugoslawiens wiederholt. Die Exekutive der kommunistischen Internationale macht jetzt der Amsterdamer, der 2. und aus der 2 1/2-Internationale einen neuen Vorschlag im Zusammenhang mit der ersten Tätigkeitsperiode der Sozialistischer Konferenz, die bewiesen hat, daß der internationalen Arbeiterklasse ein neues imperialistisches Gemisch droht. Die Führer der 2., 2 1/2- und Amsterdamer Internationale haben bisher durch ihr Benehmen bewiesen, daß sie in der Tat ihre Einheitsparole fallen lassen, wenn es sich um praktische Aktionen handelt. In allen solchen Fällen wird es die Aufgabe der kommunistischen Internationale als Ganzes und jeder ihrer Sektionen zu sein, den breiten Arbeitermassen die Beweise zu erklären, die die Einheit mit der Bourgeoisie der Einheit mit den revolutionären Arbeitern vorziehen, die z. B. darauf, daß sie im internationalen Arbeitsamt im Völkerverbund bleiben, ein Separatent der Washingtoner imperialistischen Konferenz sind, anstatt den Kampf gegen das imperialistische Washington zu organisieren. Über ein Abweichen dieser oder jener praktischen Vorschläge der kommunistischen Internationale von Seiten der Führer der 2., 2 1/2- und Amsterdamer Internationale wird uns nicht veranlassen, der vorgezeichneten Taktik zu entsagen, die tiefe Wurzeln in den Massen hat und die wir systematisch und unabwandellich zu entwickeln verstehen müssen. In den Fällen, wo der Antrag eines gemeinsamen Kampfes von unseren Gegnern zurückgewiesen wird, ist es notwendig, daß die Massen das erfahren und auf diese Weise lernen, vor der wirklichen Fortschritt der Einheitsfront der Arbeiter ist. In den Fällen, wo sie unserer Forderung zustimmen, ist die Aktion allmählich zu vertiefen und auf die höchste Stufe zu steigern. In beiden Fällen ist es notwendig, daß die Aufmerksamkeit der breiten Arbeitermassen durch die Unterhandlungen der Kommunisten mit den anderen Organisationen gefesselt wird, denn es ist notwendig, die breiten Arbeitermassen an allen Wandlungen des Kampfes um die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter zu interessieren.

21. Indem die Exekutive der kommunistischen Internationale den vorgezeichneten Plan aufstellt, weist sie alle Bruderparteien auch auf die Gefahren hin, mit denen er unter gewissen Umständen verbunden sein kann. Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend ausgebaut und gestärkt, nicht alle haben mit den zentralistischen und halbzentralistischen Ideologien vollständig gebrochen. Es sind Fälle der Ueberdehnung möglich, Tendenzen, die tatsächlich die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in den einheitlichen formlosen Haufen bedeuten würden. Um mit Erfolg für die Sache des Kommunismus die vorgezeichnete Taktik durchzuführen, ist es notwendig, daß die kommunistische Partei selbst, die diese Taktik durchzuführen muß, stark und fest zusammengeschlossen werde, und daß ihre Führung sich durch ideale Klarheit auszeichne.

22. In den Gruppierungen innerhalb der kommunistischen Internationale selbst, die mit größerem oder geringerem Grunde als rechte und sogar halb zentralistische gewertet werden, gibt es zweifellos Tendenzen zweierlei Art. Die einen Elemente haben nicht wirklich mit der Ideologie und den Methoden der 2. Internationale gebrochen, sondern sich nicht von der Pietät gegen ihre frühere organisatorische Macht befreit und suchen sich selbst über unbewußt die Wege idealer Verständigung mit der 2. Internationale und folglich auch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Andere Elemente, die gegen den formalen Radikalismus, gegen die Fehler der sogenannten „Linken“ u. a. kämpfen, sind bestrebt, der Taktik der jungen kommunistischen Partei mehr Geschmeidigkeit, Manövriervermögen, zu geben, um ihr die Möglichkeit schnellerer Eindringens in die Tiefe der Arbeitermassen zu verschaffen. Der rasche Entwicklungsgang der kommunistischen Parteien hat bisweilen äußerlich diese beiden Tendenzen in dasselbe Lager, gewissermaßen in dieselbe Gruppierung gestofen. Die Anwendung der oben angeführten Methoden, deren Aufgabe es ist, der kommunistischen Agitation eine Stütze in den vereinigten Massenaktionen des Proletariats zu geben, legt am besten die wirklich reformistischen Tendenzen innerhalb der kommunistischen Partei klar und trägt bei richtiger Anwendung der Taktik außerordentlich zu innerer revolutionärer Konsolidierung der kommunistischen Parteien bei, sowohl durch die Umerziehung der ungebildeten oder feilheitsreich bestimmten Elemente durch die Erfahrung, als auch durch die Reinigung der Parteien von reformistischem Ballast.

23. Unter der Einheitsfront der Arbeiter ist die Einheit aller Arbeiter zu verstehen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, also auch der Arbeiter, die noch den Anarchisten, Syndikalistischen usw. folgen. In anderen Ländern können solche Arbeiter auch im revolutionären Kampfe helfen. Die kommunistische Internationale hat schon seit den ersten Tagen ihres Bestehens eine freundschaftliche Linie zu diesen Arbeiterelementen eingenommen, die allmählich, die Vorurteile überwinden und zum Kommunismus kommen. Um so aufmerksamer sollen jetzt die Kommunisten ihnen gegenüber sein, wo die Einheitsfront der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten zur Wirklichkeit wird.

24. Zur endgültigen Bestimmung der künftigen Arbeit in der genannten Richtung beschließt die Exekutive der kommunistischen Internationale, in nächster Zukunft eine Sitzung der Exekutive mit der Vertretung aller Parteien in doppelter Anzahl von Delegierten einzuberufen.

25. Die Exekutive der kommunistischen Internationale wird sorgfältig jeden praktischen Schritt auf dem genannten Gebiete verfolgen und bittet alle Parteien, von jedem Versuch und jedem Erfolg in der genannten Richtung der Exekutive der kommunistischen Internationale mit allen satzigen Details Mitteilung zu machen.

Kommunistische Internationale.

Die Anhänger der 3. Internationale in der italienischen Sozialisten-Partei.

Das Turin wird gemeldet: Die Anhänger der 3. Internationale innerhalb der Sozialistischen Partei Italiens haben ein eigenes Korrespondenzbüro gegründet. Das Büro, das von Lazzari und Mignoni geleitet wird, mit die Gewalten der 3. Internationale innerhalb der Sozialistischen Partei vertreten. Der äußerste rechte Flügel der Partei um Turin hat bereits seit einigen Monaten auch ein eigenes Korrespondenzbüro. Danach kann man einigermaßen die Einheitsfront der Partei Serratis erkennen.

Zum Todestag Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches.

„Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird, — leben wird unser Programm, es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trag alle dem!“

Unter dem Dröhnen des heranzollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Söhne der Proletarier erwachen wie von den Fesseln des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingerichteten Kämpfer werden auferstehen und hochaufragend stehen von den Hügelplätzen. Heute noch das unerschütterliche Stollen des Satans — morgen wird er ausbrechen und alle in glühender Hitze und Verwirrung begraben.“

Das sind die Schlussworte des Artikels in der „Roter Jahrbuch“, den Karl Liebknecht wenige Stunden vor seiner Ermordung dem deutschen Proletariat nach der verstorbenen Jahresversammlung 1919 für die kommenden Kämpfe auf den Weg gab. Er zeigt dem Proletariat immer wieder, daß die atomare Expansion schon lange den Sieg des Proletariats ermöglicht, und daß nur noch eines zu seinem Sieg nötig ist: der Mut, der Wille des Proletariats.

Die Liebknecht selbst hat'se Tat, jenes unerschütterliche Wille auch unter den widrigsten Verhältnissen, bei noch so großer Ueberzahl seiner Feinde war, davon zeugt das im Verlag der kommunistischen Internationale herausgegebene Buch: „Karl Liebknecht, Leben und Kampf“. Es gibt Zeugnis von seinem Kampfe und Wille vom Jahre

1901 ab bis zu seiner Todesstunde. „Der Kampf für die Jugend. Gegen den Militarismus. Gegen den Reformismus. Gegen den Krieg. Gegen die offizielle deutsche Partei. Um das proletarische Klassenbewußtsein. Gegen die preussische Klassenjustiz und Verwaltungswillkür. Für die russische Revolution.“ Dem galt Liebknechts Kampf, ob er hinter Justizhämmeren lag, ob er von seinen eigenen früheren Genossen im Reichstag angepöbeln und verleumdet wurde, er ging unbeirrt seinem Weg. Er konnte nur ein Ziel: Den Sieg des Proletariats.

Auf den Wällen der Gesamtheit des Proletariats kommt es heute im Kampfe an. Seine Kraft, seine Tat allein können den Sieg aus der Unterdrückung bringen. Um dem Proletariat diesen Weg zu zeigen, um ihm Ansporn und Beispiel zu sein, dazu gehören ganze Persönlichkeiten und ganze Kämpfer, wie es Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches waren. Ihr Geist, der Mut, der sie beehrte, ist auch heute noch unter dem Proletariat lebendig und gibt ihm neue Kraft für seine Kämpfe.

Ganz kurzen Ueberblick über das Leben dieser drei Kämpfer, ein kleines Bild davon, wie sie mit jeder Faser ihres Seins für das Proletariat gekämpft und gelitten haben, gibt Karl Adorf in seinem ebenfalls im Verlag der kommunistischen Internationale erschienenen Buch: „Rosa Luxemburg — Karl Liebknecht — Leo Jogiches“. Er zeigt uns, wie Rosa Luxemburg kritischer Geist den Boden des proletarischen Kampfes, die heutige Klassenordnung durchspülte, um dem Proletariat in jedem Augenblick seiner Kämpfe die Schlachtrufen zu parieren, um

ihm in allen seinen Nöten und noch so verwirrenden Bedrängnissen die Fackel der proletarischen Zukunft, die Idee des Sozialismus voranzutragen. Ihrer geistigen Führung schloß sich Karl Liebknechts Tat an. Er rief dem Proletariat sein „Krieg dem Kriege!“ zu und forderte es unermüdetlich mit Leidenschaft und Begeisterung auf, dem Kriege der Völker die Internationale des Proletariats und seinen geschlossenen Klassenkampf gegen die Unterdrücker entgegenzustellen. — Und noch ein Dritter gehört zu diesem Bunde: Leo Jogiches. Den Arbeitern war er fremd, bis ihn die die Angel der Mörder erreichte. Er war der große Organisations. Unermüdetlich ist er tätig gewesen, um die einzelnen Teile des Proletariats, die von einander nicht wußten, zusammenzufassen und gemeinsam in den Kampf zu führen. Seine Person galt ihm dabei nichts, sein Werk alles.

Das Proletariat hat bis heute sein Ziel noch nicht erreicht. Und es scheint, als stände es ihm jetzt ferner als zuvor. Das Proletariat wird siegen, aber erst dann, wenn es begriffen hat, daß es aus seiner Mitte unzählige Rosa Luxemburgs, unzählige Liebknechts hervorbringen muß, erst wenn jeder Genosse sich vornimmt, so selbstlos wie Leo Jogiches sein Leben dem Kampf des Proletariats zu weihen, erst dann wird das Proletariat die Kraft gewinnen, um das alte Joch der Unterdrücker abzuhäuteln zu können. Möchten recht viele Proletarier diese Bücher unserer geliebten Vorkämpfer lesen, damit sie zehnmal untrüger, zehnmal siegesbewußter und unerschrockener für die Sache des Weltproletariats, für eine kommunistische Welt Herrschaft

*) Karl Liebknecht: Leben und Kampf. 374 Seiten. Verlag der kommunistischen Internationale.

*) Karl Adorf: Rosa Luxemburg — Karl Liebknecht — Leo Jogiches. 45 S. Verlag der kommunistischen Internationale.

*) Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. 1918. Verlag der kommunistischen Internationale.